

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Zeitungsartikel Weser Kurier (vom 13.12.1991) KRA am Beispiel Delmenhorst	2
Anlage 2: Informationen „Soziale Stadt“	3
Anlage 3: Artikel der WAZ (vom 14.04.2008) „Von wegen Klein-Chicago“	5
Anlage 4: Trilux Planungshilfe	7
Anlage 5: Artikel Frankfurter Rundschau (vom 17.08.2010) „Urlaub in der Platte“	12
Anlage 6: Ergebnis Stuttgarter Bürgerumfrage 2015.....	14
Anlage 7: Projekt „Soziale Stadt“ Stuttgart Hallschlag.....	17
Anlage 8: Artikel Tagesspiegel (vom 22.06.2015) „Bauvorhaben in Berlin – Keiner fragt die Polizei“	18
Anlage 9: Experteninterview beim Verband Region Stuttgart.....	21
Anlage 10: Experteninterview beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart	30
Anlage 11: Experteninterview beim Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung.....	43

Folgende Anlagen sind separat auf der CD abgespeichert:

Anlage 12: Steffen, Wiebke: Gremien Kommunalen Kriminalprävention – Bestandsaufnahme und Perspektive, in: Kerner, Hans-Jürgen / Marks, Erich: Internetdokumentation Deutscher Präventionstag in Hannover, 2004.

Anlage 13: Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK): Städtebau und Kriminalprävention – Eine Broschüre für die planerische Praxis, 2003.

Anlage 1: Zeitungsartikel Weser Kurier (vom 13.12.1991) KRA am Beispiel Delmenhorst

Delmenhorst geht mit gutem Beispiel voran

Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Delmenhorst (ug). Vor dem Hintergrund einer überdurchschnittlichen Kriminalitätsbelastung hat die Stadt Delmenhorst vor vier Jahren einen Weg eingeschlagen, der im Bundesgebiet einmalig ist und selbst im Bundeskriminalamt für positive Schlagzeilen sorgte. Mit einem Präventionsbüro reagierten die Verantwortlichen im Rathaus auf die Frage, wie eine Stadt der Kriminalität entgegenwirken kann. Marion Allhusen-Siemer hat sich als unermüdlicher Motor erwiesen, der das Projekt mit kontinuierlich fortführt.

Deutschlands bislang einzige Präventionsbeauftragte bezieht die verschiedensten Ämter, Einrichtungen und Institutionen in ihre Arbeit ein. Die Sicherheit der Bürger sei nicht ausschließlich Angelegenheit der Polizei, sondern ein gesamtgesellschaftliches Aufgabenfeld, unterstrich Oberstadtdirektor Dr. Norbert Boese. Verstärkt sollen Ergebnisse des Projektes in kommunalpolitische Planungen einfließen.

Das Aufgabengebiet der Präventionsbeauftragten ist vielfältig. Marion Allhusen-Siemer ist Ansprechpartnerin für Polizei, Gericht, Jugendamt und andere im Bereich der Kriminalprävention tätigen Institutionen. Sie sammelt Informationen und wertet sie aus. Außerdem hat sie zu prüfen, ob bei Maßnahmen der Stadtplanung kriminalitätsfördernde oder -mindernde Gesichtspunkte berührt werden. Die Präventionsbeauftragte unterstützt die Ämter bei der Entwicklung vorbeugender Maßnahmen.

Auf der Grundlage gesicherter Daten über die Verteilung der Kriminalität im Stadtgebiet – erfaßt wurden Tatorte, Täter beziehungsweise Tatverdächtigenwohnsitze sowie deliktspezifische Daten – hat Marion Allhusen-Siemer eine Konzeption entwickelt. Voraussetzung für eine solche Arbeit ist die Erfassung der Kriminalität einerseits und andererseits des Umfeldes, in dem sich die Tat ereignet hat. Die Umfeldermittlung beginnt bei den Lebensumständen und reicht über Sozialverhältnisse bis hin zu der Bebauung und den sozialen Einrichtungen.

Um zu dokumentieren, was eine Stadt präventiv leisten kann, bietet sich eine Untergliederung in drei Bereiche an. In der sogenannten Primärprävention geht es um das Vorfeld von Kriminalität. Dazu werden Bedarfs- und Situationsanalysen gezählt, die Abweichungen vor allem im Bereich der Sozialisationsfelder junger Menschen und ihrer Familien erkennen lassen und Hilfen aufzeigen. Ein breites Betätigungsfeld haben Kommunen im Bereich der Sekundärprävention. Dabei geht es um deliktspezifische Abschreckung (gesicherte Fahrradständer, ausgeleuchtete Parkplätze, Polizeipräsenz), Opferschutz und Beratung/Information durch Öffentlichkeitsarbeit und drittens durch Vermittlung von Anlaufstellen wie Rechtshilfe oder Schiedsstellen. Möglichkeiten der Resozialisierung/Wiedereingliederung und Aufarbeitung von sozialen Problemlagen sind im sogenannten Bereich der Tertiärprävention gefragt. Das Hilfsangebot kann von der Erziehungshilfe bis zur Schuldenberatung beziehungsweise Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz reichen.

In Zusammenarbeit mit anderen Ämtern und Institutionen entstanden Arbeitskreise, deren Arbeitsergebnisse auch erste Früchte getragen haben. Der Arbeitskreis „Konfliktschlichtung“ sorgt seit zwei Jahren mit seinem Modell Täter-Opfer-Ausgleich für po-

sitiven Gesprächsstoff.

Auf der inzwischen geschaffenen Basis und unter Fortschreibung der vorhandenen Daten sollen weitere Ziele angestrebt werden. Zwei Soziologen sollen – zunächst auf der Basis einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme – vorhandene Daten auswerten. Die Umsetzung ist zur Zeit nicht möglich, weil die technische Ausstattung der Polizei nicht ausreicht. Innenminister Gerhard Glogowski ist um Unterstützung gebeten worden, doch eine Zusage für die dringend benötigte EDV-Ausstattung gibt es noch nicht.

Aufgrund der Gegebenheiten – so Marion Allhusen-Siemer mit Blick nach vorn – sollen in das Konzept auch praktische Gesichtspunkte im Bereich Krisen- und Konfliktschlichtung beziehungsweise in der Aufarbeitung sozialer Probleme aufgenommen werden. Eine Kraft könnte als Anlaufstelle in Konfliktsituationen arbeiten. Über polizeiliche Hinweise bei Ehestreitigkeiten, Erziehungskonflikten, Menschen in sozialen und psychischen Nöten – darunter sind Ängste, Trennungs- und Suchtprobleme oder versuchte versuchte Selbsttötungen zu verstehen – könnte der Berater Hilfsmöglichkeiten aufzeigen und auf diesem Wege einer Zuspitzung von Problemen entgegenwirken.

Kriminaldirektor Günter Jahn und Polizeirat Gerd Schütte lobten das beispielhafte Engagement der Kommunalverwaltung. Die Möglichkeiten der Polizei auf dem Feld der Prävention seien verschwindend gering, bedauerte Schütte. Dem nicht zu unterschätzen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung könne die Polizei nur in begrenztem Maße gerecht werden. Jahn und Schütte bescheinigten Marion Allhusen-Siemer der Motor zu sein, der das von der Kommune initiierte Projekt in Schwung halte.

In den vergangenen zwei Jahren sei die Kriminalitätsbelastung kontinuierlich auf einen Stand Ende der 70er Jahre zurückgegangen. Dieser positive Trend habe sich in diesem Jahr nicht fortgesetzt. Man müsse mit ganz beachtlichen Steigerungsraten rechnen, räumten die Beamten ein, ohne eine Erklärung für diese Entwicklung geben zu können. Marion Allhusen-Siemer wandte sich entschieden gegen Darstellungen, Delmenhorst stehe hinsichtlich der Kriminalität Frankfurt kaum nach. Solche Äußerungen seien unverantwortlich.

Quelle: Koch, S. 295.

Anlage 2: Informationen „Soziale Stadt“



**Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit**



INHALTSVERZEICHNIS IMPRESSUM NUTZUNGSHINWEISE



GRUNDLAGEN

PROGRAMM

AKTUELLES

TERMINE

Suchbegriff

»»

■ Soziale Stadt

- Programme
- Programmgebiete
- Praxis
- Förderung
- Forschung
- Veranstaltungen
- Kontakt
- Literatur
- Links
- Newsletter
- Stadtumbau Ost**
- Stadtumbau West

Startseite > Programm > Soziale Stadt

Soziale Stadt

Mit dem Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" unterstützt der Bund seit 1999 die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile. Städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens sorgen für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit im Quartier und verbessern die Chancen der dort Lebenden auf Teilhabe und Integration. Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Bislang wurden 659 Gesamtmaßnahmen in 390 Städten und Gemeinden in das Bund-Länder-Programm aufgenommen (Stand 31.12.2014). Im Jahr 2014 wurden die Bundesmittel für das Programm "Soziale Stadt" von 40 Mio. Euro in 2013 auf 150 Mio. Euro aufgestockt. Im Programmjahr 2015 stellt der Bund ebenfalls 150 Mio. Euro für das Programm "Soziale Stadt" bereit. Im Rahmen der Städtebauförderung wird das Programm "Soziale Stadt" als Leitprogramm der sozialen Integration fortgeführt und soll die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie "Soziale Stadt" bilden.

Soziale Stadt

Aktuelles

Pilotkommunen für Forschungs-Praxis-Projekt zu Umweltgerechtigkeit gesucht

Lesecubs – mit Freu(n)den lesen: Jetzt bei der Stiftung Lesen bewerben und einen Lesecub einrichten!

Dokumentation der Abschlussveranstaltung des ExWoSt-Forschungsfeldes: Unternehmen und Stiftungen für die soziale Quartiersentwicklung

Dokumentation Transferwerkstatt Soziale Stadt – Investitionen im Quartier: Quartiermanagement vor Ort

Statusbericht zum Programm

Städtebaulicher Denkmalschutz

Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

Kleinere Städte und Gemeinden

Sanierung und Entwicklung

Investitionspakt

Service

- Newsletter
- Presse
- Kontakt



Städte und Gemeinden im Programm Soziale Stadt, Programmjahr 2014

- Großstadt
- Mittelstadt
- ▲ Kleinstadt
- Landgemeinde
- Großstadtreregionen
- Gebiete außerhalb von Großstadtreregionen

© BBSR Bonn 2015
Datenbasis: Städtebauförderungsdatenbank des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2013

Praxisbeispiele Soziale Stadt

Anlagen

Flyer: Soziale Stadt – Programm der Städtebauförderung für benachteiligte Stadt- und Ortsteile

Soziale Stadt - Karte der Städte und Gemeinden

Soziale Stadt - Karte der Bundesfinanzhilfen

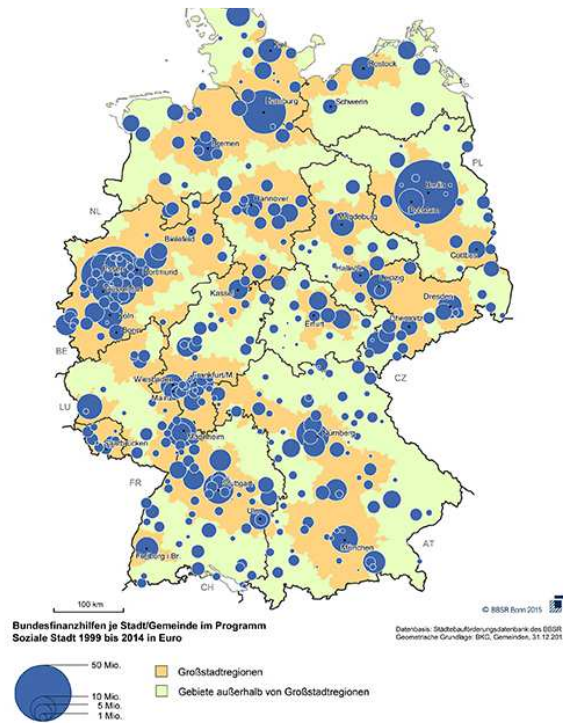
Links

- Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland
- Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland, Tabellenband
- Jubiläumskongress 10 Jahre Soziale Stadt
- BMUB - Soziale Stadt

**NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK**

**Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung**
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung





Quelle:

http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html (Aufruf vom 16.02.2016).

Anlage 3: Artikel der WAZ (vom 14.04.2008) „Von wegen Klein-Chicago“

Von wegen Klein-Chicago

14.04.2008 | 20:45 Uhr

Anzeige

Freie Stellenangebote

Stellenangebote für alle Branchen finden Sie hier am einfachsten
www.jobworld.de

Aus einem eher verrufenen Teil von Oer-Erkenschwick ist eine Top-Adresse geworden. Heute schämt sich keiner mehr, an der Halluinstraße zu wohnen. Der Schiller Park gilt als zukunftsweisend



Marlies und Gerd Radtke über den Dächern von Oer-Erkenschwick. Das Paar fühlt sich im neuen Heim im Schiller Park pudelwohl. Das "Schmuddelimage" hat das Viertel gänzlich abgelegt. Fotos: WAZ, Dirk Bauer Die teuren Penthäuser waren im Handumdrehen vergeben. Fotostricke auf DerWesten.de/vest

Oer-Erkenschwick. "Früher, da flüsterten die Bewohner der Halluinstraße ihre Adresse hinter vorgehaltener Hand", sagt Marlies Radtke (65). Die tristen Hochhäuser, eine Bausünde aus den 70er Jahren, hatten ihr Image weg. "Klein-Chicago" gehörte noch zu dem Harmloseren, was dem Volksmund einfiel. Abriss forderte die Politik. Wohnen wollte da keiner gerne. Im April 2008, nach einem vier Jahre dauernden und 18,6 Mio Euro teuren Rückbau der Wohnanlage, leben

statt 221 nur noch 147 Mietparteien dort. Aber alle mit erhobenem

Kopf.

"Wir fühlen uns hier pudelwohl", sagt der ehemalige Briefzusteller Gerd Radtke (69). Mit seiner Frau wohnt er im obersten, vierten Stock auf 80 Quadratmetern. Sie schauen über die Dächer der Stadt bis hin zu den Baumwipfeln im Haardvorland auf der einen und direkt auf das Einkaufszentrum in der City auf der anderen Seite. Bis 2003 wäre dies noch die mittlere Etage gewesen. 6,55 Euro pro qm Miete zahlen sie, inklusive Energie- und Nebenkosten. Am Grünen Weg haben sie zuvor 36 Jahre lang gewohnt. "Das war auch nicht schlecht", sagt Radtke. Doch im Laufe der Jahre sind die alten Nachbarn weggezogen oder gestorben. Jüngere und Menschen aus anderen Kulturkreisen zogen ein. "Da war es nicht mehr so wie früher. Zudem haben wir die Nähe zur Innenstadt gesucht. Jetzt haben wir alles vor der Haustür. Wer weiß, was mit uns in ein paar Jahren ist."

So wie die Radtkes denken viele Ältere. Die neue Wohnanlage Schiller Park der THS-Wohnen hat sich vom städtebaulichen Schandfleck zur Topadresse gewandelt. Leerstände jenseits der 50 Prozent waren bis 2003 gang und gäbe. Heute, wenn die letzten Mieter in diesen Tagen einziehen, gibt es Wartelisten. 20 haben sich fest vormerken lassen. Fast täglich gibt es neue Anfragen. Ein Erfolg, der nicht von ungefähr kommt. Eine Ursache ist der demografische Wandel und die Frage, wie man damit umgeht. Die Wohnungen sind durchweg seniorengerecht. In den Häusern gibt es Aufzüge. Die Nahversorgung liegt keinen Steinwurf weit vor der Haustür. Und wer Hilfe braucht, bekommt sie im benachbarten Seniorenzentrum.

Dennoch ist der kleinteilige, im Stil von Stadtvillen gestaltete Schiller Park, nicht nur etwas für Senioren. Familien und Alleinstehende finden ihren Platz in den 50 bis 98 qm großen Wohnungen. "Bei der Vermietung haben wir auf eine gesunde Mischung geachtet", sagt THS-Sprecher Ralf Radschun. Alte Mieter, die VMW halten wollte, sind geblieben. Andere sind in THS-Häusern im Stadtgebiet untergekommen. Vier Penthaus-Wohnungen, die oben auf den Häusern thronen, sind zwar deutlich teuer, waren aber fast ebenso schnell vergeben wie die anderen Wohnungen. Die liegen fast allesamt um die 6,55 Mieter pro Quadratmeter, inklusive Nebenkosten. Radschun: "Das ist ein günstiger Preis. Stände die Wohnanlage in Köln, würde man so ab neun Euro pro qm Miete nachdenken. Und zwar kalt."

Das Pilotprojekt Schiller Park im Forschungsfeld Stadtumbau West - über sechs Millionen Euro steuerten Bund und Land dazu - hat aber nicht nur das innerstädtische Bild und die Sozialstruktur verändert. Es zeigt auch den Weg der Wohnungswirtschaft der Zukunft. "Einfach Wohnraum zur Verfügung stellen und abwarten - das reicht nicht mehr", sagt Radschun. Man müsse genau schauen, was für wen an welcher Stelle in Frage kommt, um gezielt und marktgerecht in alten Wohnbestand zu investieren. Lage und Sozialstruktur der Siedlungen spielten dabei eine immer größere Rolle, mehr noch als der Preis.

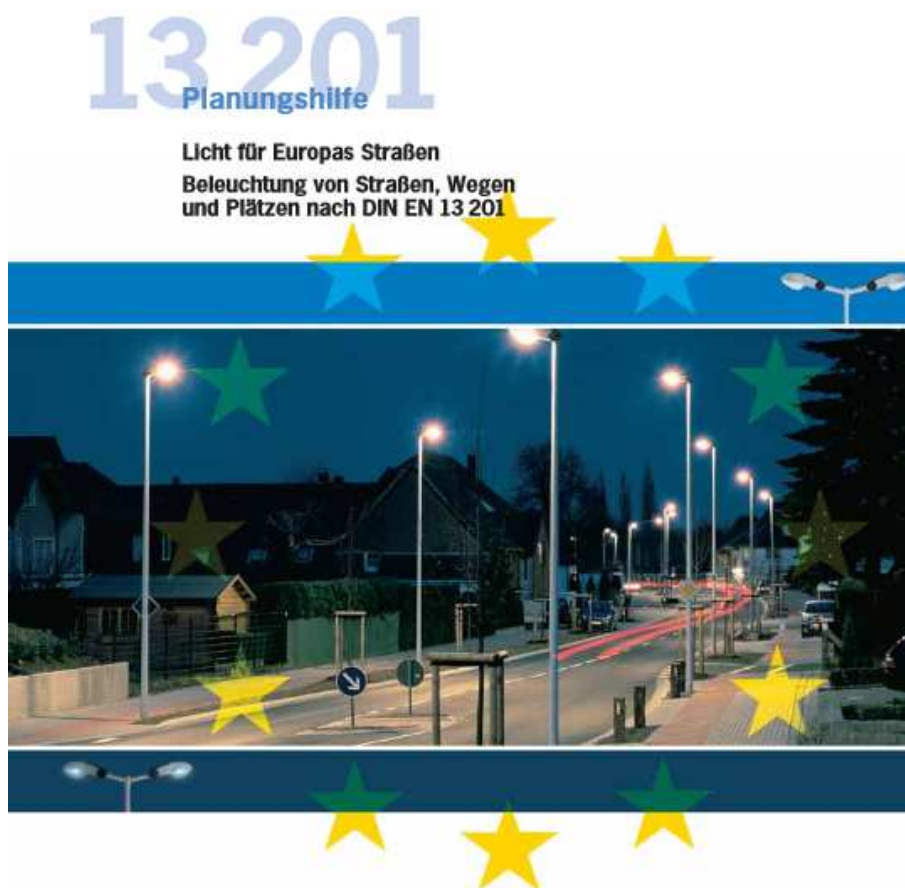
Das sagen auch die Radtkes: "Für uns war wichtig, dass wir alles in der Nähe haben. Auch wenn die Wohnung teurer ist: Wir haben einen Fitsch gemacht." Ihre Tochter wohnt um die Ecke. Und viele aus dem Schiller Park kennen sie aus der Dienstzeit bei der Post.

Nur ein kleines Manko haben sie ausgemacht: Die Hauseingänge seien für Besucher schwer zu finden. Die Hausnummern könnten besser gekennzeichnet sein. Für die Adresse im Schiller Park schämt sich heute doch keiner mehr.

Von Dieter Decker d.decker@waz.de 02361 9370-202

Quelle: <http://www.derwesten.de/staedte/unser-vest/von-wegen-klein-chicago-id1813826.html> (Aufruf vom 18.02.2016).

Anlage 4: Trilux Planungshilfe



Impressum

1. Auflage April 2005
© TRILUX GmbH & Co. KG
Heidestraße · D-59759 Arnsberg

Fachliche Bearbeitung:
Dipl.-Ing. Ha.-Jo. Richter
und TRILUX-Redaktionsteam

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany

Alle technischen Daten sind sorgfältig erstellt.
Irrtum vorbehalten.
Farbabweichungen sind drucktechnisch bedingt.

DIN-Normen sind beim Beuth-Verlag GmbH,
Burggrafenstraße 6, D-10787 Berlin, erhältlich.



Die architektonische Gestaltung von Fußgängerbereichen ist von großer Bedeutung für das Ansehen einer Stadt, für die Lebensqualität seiner Bürger und die Interessen des Wirtschaftslebens. Die Beleuchtung übernimmt dabei die Aufgabe, Verlauf und Begrenzung der Straßen, Wege und Plätze sowie Hindernisse und Gefahrenstellen rechtzeitig erkennbar zu machen. Diese Sicherheitsfunktion kann eine gute Beleuchtung

neben ihrer gestalterischen Wirkung nur dann erfüllen, wenn bestimmte Güte Merkmale der Beleuchtung eingehalten werden. Diese Güte Merkmale sind in der europäischen Norm DIN EN 13201 und weiteren Regelwerken zusammengefasst und berücksichtigen auch die zeitweise Benutzung der Fußgängerbereiche durch Radfahrer und langsam fahrende Kraftfahrzeuge.

Beleuchtungssituationen

Für Fußgänger- und Radfahrbereiche kommen nur die Beleuchtungssituationen C1, D4, E1 und E2 nach CEN/TR 13201-1 in Betracht. Die Beispiele in

Tabelle 4-1 erleichtern das Auffinden der zutreffenden Beleuchtungssituation.

Geschwindigkeit des Hauptnutzers	Nutzertypen innerhalb einer betrachteten Fläche			Beleuchtungssituation	Anwendungsbeispiele
	Hauptnutzer	Andere zugelassene Nutzer	Ausgeschlossene Nutzer		
5 bis 30 km/h	Radfahrer	Fußgänger	Motorisierter Verkehr, langsam fahrende Fahrzeuge	C1	Radwege, Fußwege, Bürgersteige, auch solche, die neben, aber getrennt von Fahrstraßen verlaufen
	Motorisierter Verkehr langsam fahrende Fahrzeuge	keine	keine	D4	Verkehrsberuhigte Zonen, Spielstraßen, Marktplätze, Parkplätze
Schrittschwindigkeit	Radfahrer, Fußgänger				
	Fußgänger	keine	Motorisierter Verkehr, langsam fahrende Fahrzeuge	E1	Fußgänger- und Einkaufszonen, Fußwege, Fußwege neben, aber getrennt von Fahrbahnen
		Motorisierter Verkehr, langsam fahrende Fahrzeuge, Radfahrer	keine	E2	Werksstraßen, Wege für den Lade- und Zubringerverkehr, Bushaltestellen

4-1 Beleuchtungssituationen für Fußgänger- und Radfahrbereiche nach CEN/TR 13201-1

Beleuchtungsklassen

Für Fußgänger- und Radfahrbereiche sind ebenfalls nur bestimmte Beleuchtungsklassen nach DIN EN 13201-2 anwendbar (Tabelle 4-2).

S-Klassen

Die Beleuchtungsklassen S1 bis S7 werden für Fußgänger- und Radfahrbereiche, Stand- und Sicherheitsstreifen und andere Straßenbereiche außerhalb der Fahrbahnen, für repräsentative Straßen, Anwohnerstraßen, Fußgängerzonen, Fußwege, Radwege, Parkstraßen, Schulhöfe usw. angewendet. Die Beleuchtung wird nach dem Kriterium Beleuchtungsstärke bewertet.

Die Gütemerkmale sind: \bar{E}_m , E_{min}

A-Klassen

Die Beleuchtungsklassen A1 bis A6 werden wie die S-Klassen angewendet, jedoch erfolgt die Bewertung mit der halbsphärischen (halbräumlichen) Beleuchtungsstärke.

Die Gütemerkmale sind: E_{hs} , U_0

ES-Klassen

Die Beleuchtungsklassen ES1 bis ES9 ermöglichen eine zusätzliche Bewertung der Beleuchtung durch die halbzyindrische Beleuchtungsstärke, z. B. für Bereiche erhöhter Kriminalität, d. h. zur Identifizierung von Personen und Objekten gegen das subjektive Gefühl der Unsicherheit in Fußgängerzonen und auf Parkplätzen.

Das Gütemerkmal ist: $E_{sc, min}$

4-2 Beleuchtungsklassen für Fußgänger- und Radfahrbereiche nach DIN EN 13201-2

Fußgängerbereiche

Unter der **Beleuchtungssituation E1** werden Fußgängerbereiche verstanden, die auch von Rollstuhlfahrern genutzt werden, wobei die Schrittgeschwindigkeit das wesentliche Verkehrskriterium ist. Langsam fahrende, motorangetriebene Fahrzeuge dürfen diese Bereiche nicht benutzen. Beispiele sind Fußgänger- und Einkaufszonen, Bushaltestellen, Fußwege und Treppen in Park-, Grün- und Wohnanlagen, Fußwege neben Fahrbahnen (von diesen aber getrennt); ebenso auch Parkplätze und Schulhöfe.

Die **Beleuchtungssituation E2** lässt zusätzlich auch langsam fahrende, motorisierte Fahrzeuge und Radfahrer zu, ebenfalls jedoch mit Schrittgeschwindigkeit – zum Beispiel für Werksstraßen, Wege für den Lade- und Zubringerverkehr, Bahnhofsvorplätze mit Bushaltestellen.

Die für die Beleuchtungssituationen E1 und E2 zutreffenden **Beleuchtungsklassen** – von wenigen Fällen abgesehen sind das die S-Klassen – können nach Bild 4-3 bestimmt werden. Die Ausnahmen betreffen extreme Bedingungen (siehe Tabelle 4-3). Dafür ist die Klasse CE2 mit $E_m = 20 \text{ lx}$ und $U_0 = 0,4$ anzuwenden.



E1 Basistabelle							
Kriminalitätsrisiko	Gesichtserkennung	Verkehrsfluss Fußgänger					
		normal			hoch		
		<	○	>	<	○	>
normal	nicht erforderlich	S6	S5	S4	S5	S4	S3
	erforderlich	S5	S4	S3	S4	S3	S2
höher als normal	erforderlich	S3	S2	S1	S2	S1	CE2
höher als normal	erforderlich						

Zu den erforderlichen S- und CE-Klassen zusätzliche ES- Klassen siehe Tabelle 4-6.

E2 Basistabelle							
Kriminalitätsrisiko	Gesichtserkennung	Verkehrsfluss Fußgänger					
		normal			hoch		
		<	○	>	<	○	>
normal	nicht erforderlich	S5	S4	S3	S4	S3	S2
	erforderlich	S3	S2	S1	S3	S2	S1
höher als normal	erforderlich	S2	S1	CE2	S2	S1	CE2

Zu den erforderlichen S- und CE-Klassen zusätzliche ES- Klassen siehe Tabelle 4-6.

E1, E2 Zusatztabelle			
Leuchtdichte der Umgebung			
niedrig	mittel	hoch	
		<	>

4-3 Basistabellen und Zusatztabelle der Beleuchtungssituationen E1 und E2 zur Ermittlung der Beleuchtungsklasse für Fußgängerbereiche nach CEN/TR 13201-1; die farbigen Markierungen betreffen die Beispiele Seite 33

Beleuchtungsstärke und Gleichmäßigkeit

Mit der Beleuchtungsklasse werden die Wartungswerte der mittleren Beleuchtungsstärke E_m und der minimalen Beleuchtungsstärke E_{min} bestimmt. Für die S-Klassen sind diese der Planung zugrunde zu legenden Werte in Tabelle 4-4 enthalten.

Zusätzlich zu den Festlegungen in DIN EN 13201-2 sind auch die Festlegungen für die Beleuchtung von Wegen in Arbeitsstätten im Freien nach (Entwurf) DIN EN 12464-2 zu berücksichtigen (Tabelle 4-5).

Horizontale Beleuchtungsstärke		
Klasse	E_m in lx Wartungswert	E_{min} in lx Wartungswert
S1	15	5
S2	10	3
S3	7,5	1,5
S4	5	1
S5	3	0,6
S6	2	0,6
S7	unbestimmte Anforderung	unbestimmte Anforderung

4-4 Beleuchtungsklassen S mit lichttechnischen Anlagendaten für die Beleuchtung von Fußgängerbereichen nach DIN EN 13201-2

	Wartungswert der Beleuchtungsstärke	Gleichmäßigkeit E_{min}/E
Gehwege, ausschließlich für Fußgänger	5 lx	0,25
Verkehrsflächen für sich langsam bewegende Fahrzeuge (max. 10 km/h), z. B. Fahrräder, Lastwagen, Bagger	10 lx	0,40

4-5 Anforderungen an die Beleuchtung von Verkehrswegen für Fußgänger und Radfahrer in Arbeitsstätten im Freien nach (Entwurf) DIN EN 12464-2

Körperliches Sehen, Gesichtserkennung

Fußgängerbereiche werden dann als sicherer akzeptiert, wenn das Verhalten der Passanten und deren Absichten rechtzeitig erkannt werden. Man muss also körperliche Bewegungen und Gesichtsausdrücke bereits aus einer genügenden Entfernung erkennen können. Daraus folgt, dass entgegenkommende Personen entsprechend beleuchtet sein müssen. Als lichttechnische Größe wird dafür die halbzyindrische Beleuchtungsstärke E_{sc} – der Mittelwert der vertikalen Beleuchtungsstärken E_v in einem Winkelbereich von -90° bis $+90^\circ$ um eine vertikale Achse – herangezogen (siehe Bild 2-1).

Bei der Auswahl der Beleuchtungsklasse (Tabelle 4-3) ist für dieses Sicherheitsbedürfnis das Kriterium „Gesichtserkennung“ vorgesehen.

Nach DIN EN 13201-2 sind in diesen Fällen für die Beleuchtung von Fußgängerbereichen zusätzlich die

ES-Klassen heranzuziehen, mit denen ein gutes räumliches Sehvermögen und insbesondere die Erkennbarkeit von Gesichtern beschrieben werden.

Durch eine entsprechend hohe halbzyindrische Beleuchtungsstärke soll dem subjektiven Gefühl der Unsicherheit und dem Kriminalitätsrisiko entgegengewirkt werden. Die halbzyindrische Beleuchtungsstärke gilt für eine Ebene in 1,5 m Höhe über dem Boden und für alle Blickrichtungen. Bei Wegen sind im Allgemeinen zwei und bei Plätzen vier Hauptrichtungen für die Bewertung ausreichend.

Die Zuordnung der S- und CE-Beleuchtungsklassen zu den ES-Klassen ist in Tabelle 4-6 und die Wartungswerte der minimalen halbzyindrischen Beleuchtungsstärke, die an keinem Punkt und zu keiner Zeit unterschritten werden dürfen, sind in Tabelle 4-7 enthalten.

Beleuchtungsklassen								
CE0	CE1	CE2	CE3	CE4	CE5			
			S1	S2	S3	S4	S5	S6
ES1	ES2	ES3	ES4	ES5	ES6	ES7	ES8	ES9

4-6 Zuordnung der S- bzw. CE-Klassen zu den ES-Klassen zur Bewertung des körperlichen Sehens in Fußgängerbereichen; die farbigen Markierungen betreffen die Beispiele

Klasse	Halbzyindrische Beleuchtungsstärke $E_{sc,min}$ in lx
ES1	10
ES2	7,5
ES3	5
ES4	3

4-7 Wartungswerte der minimalen halbzyindrischen Beleuchtungsstärke, die zu keiner Zeit und an keinem Punkt der Bewertungsrichtung unterschritten werden dürfen

Quelle:

https://www.trilux.com/fileadmin/Downloads/33_3_Europas_Strassen-D_02.pdf (Aufruf vom 09.02.2016).

Anlage 5: Artikel Frankfurter Rundschau (vom 17.08.2010) „Urlaub in der Platte“

Urlaub in der Platte



Nicht nur in der DDR-Zeit heiß begehrt: Plattenbauten erleben eine Renaissance als günstige Ferienwohnungen. Foto: dpa

Plattenbausiedlungen gelten im Osten als Sorgenkinder des Städtebaus. An der Mecklenburgischen Seenplatte schätzen inzwischen viele Urlauber die Unterkünfte als Ferienwohnungen.

[G+](#) [0](#) [Empfehlen](#) [0](#) [Twittern](#) [per Mail](#) [Drucken](#)

Wenn Politiker über den typisch ostdeutschen Plattenbau diskutieren, geht es meist um Abriss oder Umbau. Ob Schwedt, Halle-Neustadt, Suhl-Nord oder Berlin-Marzahn: Tausende Wohnungen wurden mit Milliarden-Hilfe von Bund und Ländern weggerissen oder gründlich umgestaltet. Bei der Wohnungsgenossenschaft (WWG) in Waren an der Müritz ist das anders. „Zu uns kommen die Leute aus Ost und West und machen Urlaub 'in der Platte', freut sich Geschäftsführer Wolfgang Albrecht. Die Nachfrage sei inzwischen so groß, dass die „Urlaubswohnungen“ nicht mehr reichten. Dazu kann Albrecht auf eine „Traumquote“ beim Leerstand seiner 1560 Wohnungen von 0,4 Prozent verweisen.

„Arbeiterschließfächer“ stehen überall

Die in der DDR-Zeit heiß begehrten Wohnungen der Typen „Brandenburg“ oder später „WBS 70“ finden sich in fast jeder ostdeutschen Stadt wieder. Die SED-Führung ließ die im Volksmund „Arbeiterschließfächer“ genannten Häuser selbst in Dörfern neben alten Gutsschlössern und gegenüber von Kirchen errichten, in Städten wie Dresden, Suhl, Neubrandenburg oder Hoyerswerda entstanden riesige Siedlungen, auch in fast jeder Kreisstadt. Nach 1990 suchten die meisten Bewohner aber mehr Individualität - und die Städte saßen auf leeren Wohnungen. Inzwischen sind ostweit 350 000 Wohnungen abgerissen, bis 2016 sollen weitere 250 000 Wohnungen verschwinden.

Urlaub im Plattenbau



[Bildergalerie \(11 Bilder\)](#)

Statt Abriss als Gästewohnung vermieten

Nicht so bei Albrecht und der WWG. „Wir haben nichts abgerissen“ sagt der 66-Jährige. Vor zehn Jahren kam ihm die Idee, aus einzelnen Wohnungen „Gästewohnungen“ für Mieter zu machen. Später wurden daraus Ferienwohnungen. „Zuerst schrieben wir an bundesweit 1000 Wohnungsgenossenschaften, etwa zehn Prozent meldeten sich zurück und schickten ihre Mitglieder an die Müritz.“ So wie Lore und Günter Riedel aus Solingen (Nordrhein-Westfalen). „Es fehlt an nichts hier“, sagt die 66-Jährige, die auch gerne in die Ferne reist. Mit ihrem Mann sei sie schon 14 Mal in den USA gewesen. An Waren gefalle ihnen besonders, dass auch

vom Plattenbau die Wege bis zur Innenstadt kurz sind. Und vom Balkon aus schauen die Riedels auf zwei Seen.

„Zuerst kamen Mitglieder anderer Wohnungsunternehmen, dann haben wir uns für alle geöffnet“, erläutert Albrecht. Ob Ein- oder Dreiraumwohnung, alle bekamen moderne Küchen und Bäder. Rote Couchen und freundlich orangefarbene Fußböden lassen die „Plattenbauwohnungen“ modern erscheinen. „Für uns ist auch der Fahrstuhl wichtig“, sagt der 74-jährige Kraftfahrzeugmeister Günter Riedel, der aus dem brandenburgischen Rathenow stammt und die DDR 1956 verlassen hatte.

„Urlaub in der Platte ist super“

„Urlaub in der Platte ist super“, hat eine vierköpfige Familie aus Leipzig ins Besucherbuch geschrieben. Aber auch Heidelberger, Koblenzer und Magdeburger hat Albrechts „rechte Hand“, Kerstin Huth, schon in Waren begrüßt. Insgesamt 19 Ferienwohnungen betreut die 46-Jährige in zwei Wohngebieten. In einer machen gerade Gäste aus Spanien Urlaub. „Manchen ist der nahe Spielplatz wichtig, anderen die Nähe zur Stadt oder zum Wasser“, nennt Huth die Gäste-Präferenzen.

Die Urlauberwohnungen werden von Mietern der WWG mitbetreut. Sie helfen, wenn etwas fehlt, oder geben Tipps, berichtet Albrecht. Durch das positive Echo bei den Gästen habe sich sogar das Image der „Platte“ bei den Warenern verbessert. „Das könnte manchen Abriss überflüssig machen und Vermögenswerte erhalten“, meint der WWG- Geschäftsführer. Seine Gesellschaft hat seit 1990 mehr als 90 Wohnungen neu gebaut, weitgehend ohne Fördermittel. Als Konkurrenz zu Hotels und Privatvermietern sieht er die „Platte“ nicht: „Eher als eine Ergänzung.“

Für Lore Riedel hat sich der zweiwöchige Urlaub an der Mütiz „richtig gelohnt“ und sie will wiederkommen. „Nur mit der Küche ohne Fenster, da hätte ich dauerhaft doch Probleme“, gibt sie zu. Aber im Urlaub müsse man ja höchsten mal Würstchen warm machen. (dpa/fr)

Quelle: <http://www.fr-online.de/reise/ferienwohnungen-urlaub-in-der-platte,1472792,4566134.html> (Aufruf vom 10.02.2016).

Anlage 6: Ergebnis Stuttgarter Bürgerumfrage 2015

Erste Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2015

14.08.2015 Aktuelles

„Die Stuttgarterinnen und Stuttgarter leben nicht nur sehr gerne in ihrer Stadt, sie beurteilen auch die Lebensqualität auf einem Spitzenniveau“, mit diesen Worten stellten Bürgermeister Dr. Martin Schairer und Thomas Schwarz, Leiter des Statistischen Amtes, die Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2015 zum Leben und zur Lebensqualität in Stuttgart der Presse vor.

Das Statistische Amt führt seit 1995 im Zwei-Jahres-Rhythmus eine Bürgerumfrage jeweils im Zeitraum von April bis Juni durch. Knapp 9200 nach dem Zufallsprinzip aus dem Einwohnerregister ausgewählte Einwohner mit Hauptwohnung in Stuttgart wurden bei dieser 11. Bürgerumfrage gebeten, sich an der freiwilligen Befragung zu beteiligen.



Stuttgart - Kultur, Einkauf, Natur. Foto: Stadt Stuttgart / Beutel

Fast 3.700 Personen haben den Fragebogen beantwortet

Zum ersten Mal wurden auch jüngere Einwohner ab 15 Jahren in die Stichprobe mit einbezogen; bislang lag die Altersuntergrenze bei 18 Jahren. Fast 3700 ausgewählte Personen beantworteten den Fragebogen; damit lag die Beteiligungsquote bei genau 40 Prozent (vgl. Tabelle 1). Dieser Wert liegt unter dem Beteiligungswert der letzten Bürgerumfrage (44 %), ist aber für eine freiwillige Meinungsumfrage eine vergleichsweise hohe Beteiligungsquote.

74 Prozent der Teilnehmer füllten den Fragebogen auf Papier aus und 26 Prozent nutzten den Online-Zugang; dies ist die höchste Quote seit Einführung der Onlineoption bei der Bürgerumfrage 2009 (2013: 21 %; 2011: 19 %; 2009: 16 %).

Dr. Martin Schairer: Repräsentatives Meinungsbild

Bürgermeister Dr. Martin Schairer bedankte sich bei den Bürgern für ihre rege Beteiligung:

„Es ist sehr erfreulich, in welchem Maße die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger bei Bürgerumfragen mitmachen. Die Bürgerumfrage des Statistischen Amtes liefert der Politik und Verwaltung ein fundiertes repräsentatives Meinungsbild zur Lebensqualität in der Stadt, für den Bürger selbst ist die Bürgerumfrage aber auch eine ganz hervorragende Möglichkeit der Beteiligung am kommunalpolitischen Geschehen.“

Lebensqualität für 84 Prozent sehr gut oder gut

Die Stuttgarterinnen und Stuttgarter leben ausgesprochen gerne in dieser Stadt. 85 Prozent der Befragten geben dies bei der aktuellen Umfrage an; zuletzt vor zwei Jahren waren es 86 Prozent und davor bei der Bürgerumfrage 2011 gleichfalls 85 Prozent (vgl. Tabelle 4).

Auch bei der Gesamteinschätzung der Lebensqualität in Stuttgart wurden die Spitzenbewertungen der zurückliegenden Bürgerumfragen bestätigt. 84 Prozent der Befragten beantworteten die Frage „Wie beurteilen Sie - alles in allem genommen - die Lebensqualität in Stuttgart?“ mit „sehr gut“ oder „gut“.

Auf einer 100-Punkte-Skala, dem sogenannten Kommunalbarometer, umgerechnet ergibt das 76 Punkte (von 100 möglichen) - exakt die gleiche Punktzahl wie bei den Bürgerumfragen 2013 und 2011 (vgl. Tabelle 5).

Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen

Im Rahmen der Bürgerumfrage 2015 werden die Befragten gebeten, ihre Zufriedenheit mit insgesamt 27 einzelnen Lebensbereichen zum Ausdruck zu bringen (vgl. Tabelle 6). Traditionell stehen dabei die "Einkaufsmöglichkeiten" in der Stadt an oberster Stelle (80 Punkte, + 1 Punkt gegenüber 2013).

Um zwei Punkte verbessert gegenüber 2013 nehmen dieses Mal die "Arbeits-/Verdienstmöglichkeiten" den zweiten Platz in der Rangfolge der Zufriedenheit mit den Lebensbereichen ein. Einen Punkt weniger (76 Punkte) erhalten die "kulturellen Einrichtungen/Veranstaltungen", was Rangplatz drei bedeutet.

Positive Bewertung der Parks und Grünanlagen

Es folgt mit 75 Punkten (± 0 Punkte) die "Abfallbeseitigung/Müllabfuhr". Mit jeweils 74 Punkten nehmen die "Ärztliche Versorgung/Krankenhäuser" und "Öffentliche Verkehrsmittel" die folgenden Plätze ein.

In der Gruppe der zehn am höchsten bewerteten Bereiche sind ferner das "Angebot an Parks/Grünanlagen" mit 72 Punkten, "Allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen", die "Arbeit der Bürgerbüros" und die "Sportanlagen", alle mit jeweils 69 Punkten, zu finden.

Niedrigere Zufriedenheitswerte beim Wohnungsmarkt

Sowohl die Rangfolge der Lebensbereiche als auch die genauen Punktbewertungen haben sich durchweg nur minimal verändert. Signifikant niedrigere Zufriedenheitswerte erhalten die Bereiche "Öffentliche Sicherheit/Schutz vor Kriminalität" (63 Punkte, - 4), "Integrationsangebote für ausländische Mitbürger" (61 Punkte, - 3), "Luftqualität" (46 Punkte, - 8), "Regelung des Autoverkehrs" (41 Punkte, - 5) und "Wohnungsangebot/Wohnungsmarkt" (33 Punkte, - 3).

Erfreulich ist auf der anderen Seite, dass die kinderorientierten Infrastrukturthemen "Spielmöglichkeiten für Kinder/Spielplätze" (62 Punkte, + 3) und "Angebot an Kindergärten/Kindertageseinrichtungen" (58 Punkte, + 5) eine deutlich höhere Zufriedenheit erfahren haben.

Positive Zufriedenheitswerte in den meisten Bereichen

Die allermeisten der 27 abgefragten Lebensbereiche weisen positive Zufriedenheitswerte auf, nur bei den drei Verkehrsthemen "Situation für Fahrradfahrer",

Positive Zufriedenheitswerte in den meisten Bereichen

Die allermeisten der 27 abgefragten Lebensbereiche weisen positive Zufriedenheitswerte auf, nur bei den drei Verkehrsthemen "Situation für Fahrradfahrer", "Regelung des Autoverkehrs" und "Parkmöglichkeiten in der Innenstadt", dem Thema "Luftqualität" und dem Wohnungsmarktthema ("Wohnungsangebot/Wohnungsmarkt") überwiegen die unzufriedenen Stimmen im Meinungsbild.

Größte Probleme

Aus einer Auswahl von 33 vorgegebenen möglichen Problemen sollten die Befragten in der Bürgerumfrage die für sie relevanten Probleme benennen (vgl. Tabelle 7). Im Durchschnitt kreuzten die Befragungsteilnehmer 7,8 Probleme an (2013: 7,5; 2011 und 2009: 6,5 bei 27 Ankreuzmöglichkeiten).

Auf den ersten Plätzen liegen wieder die Themen "Zu hohe Mieten" (70 %) und "Zu viel Straßenverkehr" (67 %); dabei wurde das Problem "Zu hohe Mieten" um einen Prozentpunkt und das Problem "Zu viel Straßenverkehr" gar um fünf Prozentpunkte häufiger genannt als 2013. Die folgenden Plätze 4 und 5 nehmen die Themen "Mangelndes Wohnungsangebot" (57 %, + 2) und "Zu wenig Parkmöglichkeiten" (56 %, - 2) ein; 2013 war die Rangfolge dieser beiden Probleme noch umgekehrt.

Höhere Problemwahrnehmung bei "Sicherheit und Ordnung"

In der Problemhierarchie folgen die Umweltthemen "Schlechte Luftqualität" (50 %, + 12) und mit Abstand "Zu hohe Lärmbelastigung" (38 %, + 9); beide Probleme wurden deutlich öfter als 2013 angekreuzt.

Die Frage nach der "Passantenbelästigung" ist bei dieser Bürgerumfrage durch "Zu viele Bettler" ersetzt worden. 36 Prozent der Befragten nennen dieses als Problem, was auf der Problemagenda Platz 7 bedeutet.

Deutlich in der Problemwahrnehmung gestiegen ist "Sicherheit und Ordnung (Kriminalität, Einbrüche)", und zwar von Rang 14 (2013) auf Platz 8 (32 %, + 9 %-Pkte). Das Problem "Unsicherheit auf den Straßen (Drogen, Raub, Sachbeschädigung)" hat dagegen kaum an Relevanz zugelegt (26 %, + 2); es ist in der Rangfolge von Platz 11 auf Platz 10 aufgerückt.

"Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln (Belästigung, Raub, Sachbeschädigung)" ist in der Problemnennung stabil geblieben (24 %, Rang 12; 2013: Rang 11).

Finanzlage wird deutlich weniger problematisch eingeschätzt

Häufiger als Probleme sind die Themen "Mangelnde Ausländerintegration" (20 %, + 3; Rang 13; 2013: Rang 17) und vor allem "Zunehmende Fremdenfeindlichkeit" (18 %, + 7; Rang 15; 2013: Rang 25) genannt worden.

Die "Finanz- und Haushaltslage der Stadt" hingegen wird aktuell als deutlich weniger problematisch eingeschätzt (15 %, - 9; Rang 22; 2013: Rang 11), ebenso wie "Zu hohe kommunale Steuern/Abgaben/Gebühren" (25 %, - 6; Rang 11; 2013: Rang 7) an Problemrelevanz verloren hat.

Merklich entspannter wird die Versorgung mit "Kindergärten/ Kindertageseinrichtungen" (16 %, - 10; Rang 17; 2013: Rang 9) und die "Ganztagesbetreuung für Kinder" (16 %, - 9; Rang 17; 2013: Rang 10) beurteilt.

Ansehen der Stadtverwaltung

Das Spitzenergebnis der letzten Bürgerumfrage, als 59 Prozent der Befragten der Stadtverwaltung persönlich ein "sehr gutes" oder "gutes" Ansehen bescheinigten, wurde bei dieser Bürgerumfrage wieder in gleicher Höhe erreicht.

Exakt die gleiche Rekord-Einstufung wie 2013 erhält auch das Ansehen der Verwaltung der Stadt Stuttgart "in der Öffentlichkeit" (vgl. Tabelle 8).

Ausgabeprioritäten für den städtischen Haushalt

Die Etatberatungen des Gemeinderates für den nächsten Doppelhaushalt 2016/17 stehen bis Jahresende an. Wichtig zu wissen also, welche Prioritäten die Bürgerinnen und Bürger für den städtischen Haushalt haben.

In welchen Bereichen sehen die Befragten Einsparmöglichkeiten, in welchen Bereichen sollen die Ausgaben nicht verändert und in welchen Bereichen soll mehr Geld ausgegeben werden? 39 einzelne Aufgabenbereiche waren zu bewerten.

58 Prozent plädieren für unveränderte Ausgaben

Mit Abstand am häufigsten vergeben die Befragten neutrale Voten (58 %), indem sie "Die Ausgaben unverändert lassen" bei den aufgeführten Aufgaben ankreuzen. Knapp ein Drittel (32 %, wie 2013) votieren für Mehrausgaben in diversen Bereichen, 10 Prozent der Angaben betreffen Einsparvorschläge (vgl. Tabelle 9).

Mehrausgaben beim Wohnungsbau gewünscht

Eine gegensätzliche Sichtweise der Bevölkerung ist bei den Beispielen "Ausbau des Straßennetzes (Straßenneubau)" und "Ausbau des Fahrradwegenetzes" zu beobachten; beide Aufgaben stehen an vorderster Stelle der Einsparvoten, gleichzeitig plädieren viele Befragte für einen "Ausbau des Straßennetzes" und insbesondere für einen "Ausbau des Fahrradwegenetzes" (vgl. Tabelle 10 a).

An oberster Stelle der Vorschläge für Mehrausgaben steht mit Abstand der "Wohnungsbau" (+ 3 %-Pkte gegenüber 2013), der gegenüber 2013 den Platz mit "Kindergärten und Kindertageseinrichtungen" (- 7 %-Pkte) getauscht hat. An der dritten Stelle der "Wunschliste" steht wieder der "Zustand der Straßen (Straßenunterhaltung)" (- 2 %-Pkte).

Deutlich mehr Befragte als 2013 sprechen sich bei den Themen "Sprachförderung für Migranten/ausländische Mitbürger" (+ 13 %-Pkte) und "Schutz vor Kriminalität/öffentliche Sicherheit" (+ 7 %-Pkte) für Mehrausgaben im städtischen Haushalt aus (vgl. Tabelle 10 c).

Fazit

"Stuttgart wird als ausgesprochen lebenswerte Stadt von ihren Bürgern eingeschätzt. Die hohen zustimmenden Bewertungen zur Lebensqualität in dieser Stadt der früheren Bürgerumfragen finden in dieser Befragung, die im Frühjahr 2015 stattfand, eindrucksvoll ihre Bestätigung. Stuttgarts ökonomische Rahmenbedingungen (Arbeits-/Verdienstmöglichkeiten, Arbeitslosigkeit, Haushaltslage der Stadt) werden sehr positiv und besser denn je eingeschätzt," fasst Bürgermeister Dr. Martin Schairer die ersten Ergebnisse der Bürgerumfrage 2015 des Statistischen Amtes zusammen.

Dr. Schairer weiter: "Freilich hat ökonomischer Erfolg auch seine Kehrseite. So ist im Meinungsbild der Bevölkerung eine Unzufriedenheit mit einer hohen Mietbelastung, einem engen Wohnungsmarkt, Verkehrsproblemen und der Umweltbelastung (Lärm, Luftqualität) herauszulesen, aber auch die gestiegene Sorge um die öffentliche Sicherheit, die sich speziell auf die Einbruchkriminalität fokussiert. Nicht zuletzt gibt diese Bürgerumfrage dem Gemeinderat wieder wichtige Hinweise, welche Haushaltsakzente die Bevölkerung setzen würde."

Detaillierte Auflistung der Ergebnisse

↗ [Bürgerumfrage 2015 Ergebnisse \(PDF\)](#)

Quelle: <http://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/572823?> (Aufruf vom 16.02.2016).

Anlage 7: Projekt „Soziale Stadt“ Stuttgart Hallschlag

<p>Stuttgart-Hallschlag</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Stadtteil <ul style="list-style-type: none"> Geschichte Bewohnerstruktur Ämter, Einrichtungen und Vereine Termin in Kalender eintragen <p>Zukunft Hallschlag</p> <ul style="list-style-type: none"> Zukunft Hallschlag Soziale Stadt <ul style="list-style-type: none"> Das Programm <ul style="list-style-type: none"> Integriertes Entwicklungskonzept Bürgerbeteiligung Sanierungsgebiet Stadtteilmanagement Interdisziplinäre Projektgruppe Chronologie Das Team Zum Mitmachen: Themengruppen, Projektgruppen & Projekte 	<p>Das Programm</p> <p>Das Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt", wurde 1999 beschlossen. Neu war, dass auch soziale Verbesserungen als Ziel und Thema in ein Städtebauförderungsprogramm aufgenommen wurden. Das Programm nimmt demnach nicht nur investive – also bauliche – Maßnahmen in den Blick, sondern auch Handeln im sozialen, kulturellen und ökonomischen Bereich. Die Mitwirkung der Menschen ist im Programm Soziale Stadt ein eigenständiges und wichtiges Ziel. Die Beteiligung der im Stadtteil lebenden und arbeitenden Menschen – von Jung bis Alt – hat eine besondere Bedeutung. Ein Schlüsselinstrument bei der Programmumsetzung ist daher das Stadtteilmanagement.</p> <p>Vorbereitende Untersuchungen zur Aufnahme in das Programm Soziale Stadt wurden 2006 durchgeführt. Im Jahr 2007 wurde der Stadtteil Hallschlag in das Städtebauförderprogramm aufgenommen. Die Laufzeit der "Sozialen Stadt - Zukunft Hallschlag" endet am 30. April 2018.</p> <p>Für die Umsetzung der Projektziele – für bauliche und begleitende Maßnahmen im Sanierungsgebiet – stehen Fördermittel von Bund und Land zur Verfügung. Bis 2015 wurden für das Sanierungsgebiet im Hallschlag schon knapp 12,4 Mio. Euro Fördergelder bewilligt (einschließlich Modellvorhaben). 60 Prozent davon werden von Bund und Land, 40 Prozent von der Landeshauptstadt Stuttgart bereitgestellt.</p> <p>Mittelausstattung für die Städtebauförderung</p> <p>Im Rahmen der Sparpläne der Bundesregierung wurden im November 2010 die Mittel für die Städtebauförderung für das Haushaltsjahr 2011 gekürzt. Davon erheblich betroffen war auch das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt (von bundesweit 95 Mio. Euro im Jahr 2010 auf 28 Mio. Euro im Jahr 2011). Darüber hinaus wurde die Förderung der "Modellvorhaben in der Sozialen Stadt" gestrichen.</p> <p>Die beantragten Modellvorhaben konnten im Hallschlag dennoch mit 200 000 Euro gefördert werden. Dies ist möglich durch eine Umwidmung von bereits bewilligtem Geld aus dem Förderprogramm, das der Landeshauptstadt Stuttgart zur Verfügung steht. Die beantragten Projekte im Modellvorhaben Bildung konnten - in reduzierter Form - durchgeführt werden.</p> <p>Nach den beschriebenen Kürzungen sind die Bundesmittel im Jahr 2014 von jährlich 40 Millionen Euro auf aktuell 150 Millionen Euro pro Jahr (2015) wieder aufgestockt worden.</p>
<p>Stuttgart-Hallschlag</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Stadtteil <ul style="list-style-type: none"> Geschichte Bewohnerstruktur Ämter, Einrichtungen und Vereine Termin in Kalender eintragen <p>Zukunft Hallschlag</p> <ul style="list-style-type: none"> Zukunft Hallschlag Soziale Stadt <ul style="list-style-type: none"> Das Programm Das Team Zum Mitmachen: Themengruppen, Projektgruppen & Projekte Fotogalerie Zum Herunterladen Archiv und Pressemeldungen Modellvorhaben Bildung JULA - Jugend lokal aktiv FRISCHE BLICKE 	<p>Zukunft Hallschlag</p> <p>Im Hallschlag ist viel in Bewegung. Viele Verbesserungen sind geplant. Dazu gehören unter anderem ein vielfältiges Wohnungsangebot, ein attraktiveres Wohnumfeld, Plätze zum Aufenthalt, Spielen und zur Begegnung. Besonders wichtig ist, Bildung, soziales Leben, Beschäftigung, Kultur und Engagement für den Stadtteil zu stärken.</p> <p>Dafür gibt es jetzt gute Chancen. "Zukunft Hallschlag" ist das gemeinsame Motto. Wir möchten möglichst viele für eine Beteiligung gewinnen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Hallschlag ist seit 2007 im Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt". Ein Stadtteilmanagement ist Anlaufstelle für die Stadterneuerung vor Ort im Hallschlag, es will vielfältige Aktivitäten und Initiativen anstoßen, unterstützen und zusammenbringen. Das Programm "JULA – Jugend lokal aktiv" förderte bis 2014 Projekte vor allem für Jugendliche. Ein Hallschlag-Film von Jugendlichen, Poetry Slam, ein Hallschlag-Festival, Stadtteilstage und viele weitere unterschiedliche Projekte mit Einrichtungen und Aktiven vor Ort zu den Themenfeldern Wohnen, Wohnumfeld und öffentlicher Raum; Soziales und kulturelles Miteinander sowie zu Bildung und Gesundheit finden seither statt. <div data-bbox="529 1391 1326 1727">   </div>

Quelle: <http://www.zukunft-hallschlag.de/zukunftshallschlag> (Aufruf vom 10.02.2016).

Anlage 8: Artikel Tagesspiegel (vom 22.06.2015) „Bauvorhaben in Berlin – Keiner fragt die Polizei“

Keiner fragt die Polizei

Von Jörn Hasselmann

Beim LKA Berlin arbeitet eine Architektin, die sich mit „Städtebaulicher Kriminalprävention“ befasst. Genau darauf nehme die Stadt bisher kaum Rücksicht, kritisierte die Expertin im Abgeordnetenhaus.



Der Alexanderplatz in Berlin - FOTO: KITTY KLEIST-HEINRICH

Egal was in Berlin gebaut wird, die Polizei muss keiner fragen. Damit überraschte die für „Städtebauliche Kriminalprävention“ im Landeskriminalamt zuständige Architektin Ingrid Hermannsdörfer am Montag den Innenausschuss des Abgeordnetenhauses. Dort sollte Hermannsdörfer referieren, wie die Stadt sicherer werden kann. Doch das ist mühselig, weil die Polizei von sich aus tätig werden muss – wenn sie von einer Planung erfährt. Denn seit einigen Jahren ist die Polizei nicht mehr „Träger öffentlicher Belange“, kurz TÖB.

Diese TÖB sind all die Behörden, deren Anhörung und Einbeziehung bei bestimmten Bauvorhaben gesetzlich vorgeschrieben ist. Im Verkehr sei die Polizei schon immer Ansprechpartner in Fragen der Sicherheit. Dies müsse auch bei Stadtplanung und Architektur „selbstverständlich“ werden, heißt es im LKA. Dem widersprach am Montag aber die Bauverwaltung, es sei nicht notwendig, die Polizei bei Bebauungsplänen um Rat zu Fragen.

Polizei wurde nicht befragt

Aus Sicht der Architektin hat es aber Folgen, wenn die Polizei nicht gefragt wird. Als „Negativbeispiel“ nannte die Polizeiarchitektin ausgerechnet die neu gestaltete Tauentzienstraße zwischen Wittenberg- und Breitscheidplatz. Der Mittelstreifen wurde vor einigen Jahren mit Millionenaufwand umgestaltet: mit Eibenhecken in schrägen Betonbeeten. „Das hat keine Aufenthaltsqualität sondern bietet nur Tatgelegenheiten“, sagte Hermannsdörfer: „Das hätten wir anders empfohlen.“ Allerdings wurde die Polizei nicht befragt.

Die auf der Tauentzien gepflanzten Eibenhecken seien so dicht, dass sie „als Drogenversteck dienen“ können und sich zudem Müll gut deponieren lasse. Die schrägen Betoneinfassungen seien zum Sitzen völlig ungeeignet. Aus Sicht der Kriminalprävention ist ein gerne genutzter Ort ein sicherer Ort – weil er unter sozialer Kontrolle steht und von Kriminellen gemieden wird. Der Baustadtrat von Charlottenburg-Wilmersdorf, Marc Schulte, widersprach: Durch die hohe Fußgängerfrequenz lassen sich dort keine Drogen verstecken. Dass der Beton so sitzunfreundlich ausfiel, habe am fehlenden Geld gelegen.

„Angsträume beseitigt“

Ein positives Beispiel ist für die Polizei der Leopoldplatz in Wedding. Dort sei es gelungen unter Einbindung aller Beteiligten einen von allen Gruppen gerne genutzten Platz zu schaffen. Auch die Trinker – die vorher störten – haben nun ihre Ecke abseits, „für die sie sich sogar verantwortlich fühlen“, wie Hermannsdörfer sagte. Innensenator **Frank Henkel** (CDU) lobte die Arbeit der LKA-Abteilung ausdrücklich: „Städtebauliche Kriminalprävention ist gut angelegtes Geld.“ An vielen Stellen Berlins seien durch die Polizei-Experten „Angsträume beseitigt“ worden, sagte Henkel. Zuletzt seien im Görlitzer Park Hecken gestutzt und Mauern beseitigt worden, um Dealern Verstecke zu nehmen. Auch beim Humboldt-Forum, den Vorplätzen am Ostkreuz und dem Rathausplatz in Wedding sei die Polizei einbezogen.

Doch gerade auf dem Platz, der vor Jahren das Etikett „Angstraum“ verpasst bekommen hat, der **Alexanderplatz**, hakt es. Wie Hermannsdörfer berichtete, hat die Polizei 2012 ein „Konzept zur besseren Orientierung“ auf dem Alex vorgelegt. Die Kosten sollen lediglich 14 000 Euro betragen. Aus polizeilicher Sicht dient auch eine gute Beschilderung der Sicherheit. Denn Menschen mit Schwierigkeiten, sich zu orientieren, werden häufiger Opfer von Trickdiebstählen. Doch geschehen ist nichts, klagte die Polizeiarchitektin: „Das wird im Bezirksamt hin-und-hergeschoben.“ Der Abgeordnete **Christopher Lauer** (Piraten) nannte das Verhalten des Bezirks Mitte „einen Skandal“. Auf Nachfrage hieß es im Bezirk Mitte, „dafür ist die Stadtentwicklungsverwaltung zuständig.“ Dort hieß es: „Stimmt nicht, Mitte ist es.“

„Hier kümmert sich niemand“

2011 sei die Polizei wegen der hohen Zahl von Fahrraddiebstählen an die Verkehrsverwaltung herangetreten. Resümee von Hermannsdörfer: „Bernau hat ein Fahrradparkhaus, Potsdam baut eines, Berlin hat keins.“ Nach derzeitigem Stand wird auch am Ostkreuz keine Fahrradparkhaus gebaut. Das „Fahrradchaos“ mit den vielen Schrotträdern ist für Hermannsdörfer wie Graffiti oder wilde Müllhaufen ein fatales Signal: „Hier kümmert sich niemand“. In der Folge meiden Menschen diese Plätze, es beginnt eine Abwärtsspirale, so die Polizeiexpertin.

Heftig wird seit Jahren um die Neugestaltung des Olivaer Platzes in Wilmersdorf gestritten. „Ich kann in keinem Fall empfehlen, den Platz so zu lassen, wie er ist“, hatte Hermannsdörfer kürzlich in einer Anhörung gesagt. Durch die vielen Mauern sei der Platz ein „Anziehungspunkt für Randgruppen“. Schulte berichtete nun, dass ein Kompromiss gefunden wurde, der 60 Autostellplätze erhält.

Gute Nachrichten gibt es aus Schöneberg. Bei der anstehenden Umgestaltung des Mittelstreifens in der Kleiststraße plant der Bezirk schöne Sitzgelegenheiten und attraktivere Pflanzen – die Fehler aus der angrenzenden Taubentzenstraße sollen nicht wiederholt werden.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/bauvorhaben-in-berlin-keiner-fragt-die-polizei/11953526.html#> (Aufruf vom 18.02.2016).

Anlage 9: Experteninterview beim Verband Region Stuttgart

Interviewpartnerin: Frau Ulrike Borth
Referentin für Regional- und Bauleitplanung
Verband Region Stuttgart
Datum des Interviews: 23.11.2015, 14:30 Uhr

Einleitung

Dieses Interview ist Teil der Bachelorarbeit von Frau Claudia Radyk mit dem Thema „Empirische Kriminalgeographie – Städtebau und Kriminalität in einem wechselseitigen Zusammenspiel“ mit der Thesis: Kann Stadtplanung bei der präventiven Verbrechensbekämpfung helfen?

Es ist angedacht, dass die Bachelorarbeit Interviews mit einem Experten des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung, des Verbands Region Stuttgart und dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg enthält, um aus verschiedenen Blickwinkeln die Erfahrungen und Meinungen aus der Praxis darstellen zu können.

Der Verband Region Stuttgart, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist als einer von zwölf Regionalverbänden in Baden-Württemberg die politische und administrative Instanz der Region Stuttgart.

Die wichtigen Pflichtaufgaben des Verbands Region Stuttgart umfassen u. a. die regionale Raumordnung (Regionalplanung), regionale Verkehrsplanung und Öffentlicher Personennahverkehr sowie die regionale Wirtschaftsförderung.

Ziel des Interviews war daher die Charakterisierung der aktuellen Situation in Bezug auf Strategien auf Regionalplanungsebene, welche sich als hilfreich für eine nachhaltige Kriminalprävention erweisen könnten.

Durchführung

Um die aktuellen Gegebenheiten im Detail erörtern zu können, wurden im Interview die folgenden Fragen gestellt:

Frage 1:

Sie sind Referentin für Regional- und Bauleitplanung beim Verband Region Stuttgart. Wie lange sind Sie bereits in dieser Position tätig? Wie stellt sich Ihr beruflicher Werdegang dar?

Ich bin seit September 2009 beim Verband Region Stuttgart als Referentin für die Regional- und Bauleitplanung tätig.

Ich habe ursprünglich einen Studiengang des gehobenen Verwaltungsdienstes (damals noch als Diplomstudiengang mit dem Schwerpunkt in Verwaltungsrecht sowie Umwelt- und Baurecht) absolviert und anschließend Raum- und Umweltplanung in Kaiserslautern studiert (ebenso ein Diplomstudiengang).

Ich habe anschließend ein Jahr lang beim Wirtschaftsministerium, damals als oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde, gearbeitet und habe danach direkt zum Verband Region Stuttgart gewechselt.

Frage 2:

Welche sind hierbei Ihre Hauptaufgaben?

Vorab ganz grob beschrieben handelt es sich bei den mir übertragenen Hauptaufgaben um alle Siedlungsentwicklungsthemen.

Das Tagesgeschäft beläuft sich somit auf die Abstimmung der Flächennutzungsplanung der Kommunen oder Verwaltungsgemeinschaften hier in der Region mit dem Regionalplan, also inwiefern die Bauleitpläne mit dem Regionalplan konform sind, beispielsweise nach dem Anpassungsgebot und dem Gegenstromprinzip.

Aber zudem beschäftige ich mich auch mit den Regionalplanänderungen, hier insbesondere mit den Gewerbeflächen sowie den Themen der Innenentwicklung. Wie kann man Kommunen dabei unterstützen und hierbei Strukturkonzepte oder Teilraumkonzepte, aber alles immer in einem Flächenbezug, erstellen?

Im Moment ist einer der Hauptaufgaben eine Analyse anzufertigen, welche aufzeigen soll, wie sich die demografische Entwicklung prognostizieren lässt. Hierbei spielt ebenso die aktuelle Flüchtlingsproblematik eine Rolle. Es stellt sich die Frage, wie der Regionalplan darauf reagieren muss. Der aktuelle stammt aus dem Jahr 2009 und seither haben sich die Anforderungen der Region verändert. Er sollte stets als eine aktualisierte Planungsgrundlage dienen und den Gemeinden aufzeigen, welchen Spielraum sie bei der Bauleitplanung haben. Das ist natürlich auch eine politische Diskussion im Plenum. Wir haben ein direkt gewähltes Parlament, welches aufgrund der veränderten aktuellen Fragestellungen (bspw. Flüchtlingsthematik) einen anderen Fokus hat als es 2009 der Fall war.

Es existiert grundsätzlich keine gesetzliche Pflicht, den Regionalplan fortzuschreiben. Im Schnitt bestehen die Pläne für in etwa 15 Jahre fort. Es ist natürlich viel zeitsparender und kostengünstiger, Änderungen vorzunehmen, als ein Gesamtwerk neu zu erstellen.

Frage 3:

Wie viele Mitarbeiter sind insgesamt in Ihrer Abteilung tätig?

Im gesamten Verband arbeiten 58 Mitarbeiter. In der Abteilung sind wir momentan insgesamt 18 Personen in der Abteilung, wovon aber 6 Beschäftigte im Bereich Kartographie arbeiten. (Also in etwa 1/3 der Gesamtmitarbeiteranzahl des Verbands)

Frage 4:

Der Vorläufer des Verbands Region Stuttgart ist der 1973 gegründete Regionalverband Mittlerer Neckar, der 1992 in Regionalverband Stuttgart umbenannt wurde. Dieser wurde durch das Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart vom 7. Februar 1994 schließlich in den Verband Region Stuttgart überführt. Der neue Verband erhielt dabei neben der Regionalplanung weitergehende Aufgaben.

Würden Sie der Aussage zustimmen, dass die Regionalplanung dennoch die vordergründige Aufgabe des Verbands darstellt? (z.B.: Anhand der Mitarbeiteranzahl in dieser Abteilung als Kennzahl)

Die Regionalplanung beinhaltet als ureigene Aufgabe, den Regionalplan auszuarbeiten und zu erstellen.

Darüber hinaus ist sie aber auch am VVS (Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart) mitbeteiligt. Damit bezieht sich ein großer Teil der weiteren Hauptaufgaben auf den Verkehr. Die Regionalversammlung hat beschlossen, dass die Verknüpfung zwischen der S-Bahn und den Busverkehren beispielsweise stärker ausgebaut werden muss. Also werden in diesem Aufgabenbereich aktuell mehr Mitarbeiter eingesetzt und es fließt ebenso mehr Geld in diesen Bereich.

Die ursprüngliche gesetzliche Aufgabe ist jedoch die Regionalplanung als gesetzliche Pflichtaufgabe, alles andere kam nach und nach hinzu.

Der Verband Region Stuttgart hat desgleichen eigene Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Hier arbeiten nochmal 50 Mitarbeiter, welche Unternehmen und Kommunen beraten.

Frage 5:

Auf der Internetseite des Verbands Region Stuttgart ist angegeben, dass dieser in einer repräsentativen Bürgerumfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen herausgefunden hat, dass 96 Prozent der Menschen die hohe Lebensqualität in der Region Stuttgart mit sehr gut oder gut bewerten.

Was ist für ein solches Ergebnis Ihrer Meinung nach ausschlaggebend?

Wir leben hier in einer polizentralen Region. Es existiert ein starkes Oberzentrum, zugleich aber auch sehr starke Mittelzentren wie Esslingen und Ludwigsburg, Göppingen, Sindelfingen und noch weitere. Das bedeutet, um höherrangige Einrichtungen (Kliniken, Hochschulen etc.) zu erreichen, haben wir kurze Wege. Somit führen der gut ausgebaute ÖPNV, aber auch der hohe Freizeit- und Erholungswert zu den

Ergebnissen der Umfrage. Denn auch in den Freiraum haben wir nur kurze Wege zu beschreiten, was die Kultur- und Bildungsangebote leichter nutzbar macht. Diese Mischung an Kultur- und Bildungsangeboten und den relativ hohen Freiraum machen die Region so interessant.

Hinzu kommt das hohe Einkommensniveau, womit die Möglichkeit einhergeht, die Freizeitangebote auch nutzen zu können. In der Gesamtheit führen diese Gegebenheiten zu einer insgesamt hohen Zufriedenheit.

Etwas negativ ist jedoch der Umstand, dass der gut ausgebaute ÖPNV sowie die Straßen auch sehr gut ausgelastet sind. Das macht ihn störanfällig und der Informationsfluss hierbei ist leider noch verbesserungswürdig. So sind die Bürger leider manchmal für die relativ kurzen Wege lange unterwegs.

Frage 6:

Des Weiteren ist der Internetseite zu entnehmen, dass der Verband an einer vorausschauenden und nachhaltigen Entwicklung der Region Stuttgart arbeitet. Ziel ist es, die Vielfalt, die hohe Lebensqualität, die Mobilität und die wirtschaftliche Leistungskraft langfristig zu gewährleisten.

Zählt für Sie zu einer hohen Lebensqualität ebenso die Sicherheit in den Wohngebieten?

Das ist immer eine Frage des subjektiven Empfindens. Was ist den Menschen wichtig? Wodurch fühlen sie sich beeinträchtigt? Gerade durch die Diskussionen über die Anschläge in Paris oder die möglichen Anschläge in Hannover, gehört für die Menschen sicherlich dazu, dass alles „funktioniert“. Meine subjektive Meinung und gerade von meiner Arbeit her gesehen, handelt es sich hierbei um ein Thema, das unter unserer Betrachtungsebene anzusiedeln ist. Wir befinden uns eher im abstrakten und planerischen Bereich in einem Maßstab der ganzen Region von 1 : 50 000. Da muss man eher strukturell arbeiten. Wo muss was hin, wo ist ein notwendiges Gewerbegebiet sinnvoll? Alles andere

sind städtebauliche Aspekte und hierfür sind die Kommunen Ansprechpartner.

Frage 7:

Zu dem Planungssystem der Regionalplanung gehören die Entwicklung verbindlicher Vorgaben und die kommunale Bauleitplanung. Städte und Gemeinden sind Träger der Bauleitplanung. Sie stellen Flächennutzungspläne auf, welche die vorhandene und geplante Nutzung der gesamten Gemarkungsfläche umfassen. Daraus werden Bebauungspläne als rechtsverbindliche, parzellenscharfe Planwerke entwickelt. In mehreren Runden - teils gesetzlich vorgeschrieben, teils informell - wirken die Städte und Gemeinden an der Planung mit (Gegenstromprinzip). Auch Verbände, Behörden, die Öffentlichkeit, Kammern und Gewerkschaften werden beteiligt, vom Regierungspräsidium bis zum Naturschutzbund.

Werden auch Polizeibehörden beteiligt?

Es existiert eine Liste nach der VwV Regionalpläne, welche Behörden im Verfahren beteiligt werden sollen. Auch Polizeidirektionen sind hier aufgelistet, allerdings geht es dann vorwiegend um Fragen, ob beispielsweise der Funkverkehr beeinträchtigt wird, wenn bei einer Änderung des Regionalplans eine Gewerbefläche ausgewiesen wird. Es handelt sich also eher um technische oder logistische Fragen zur Infrastruktur. Die Polizei könnte sodann Stellungnahmen zum Gesamtregionalplan abgeben. Da sie in ihrem Belang jedoch meist nicht beeinträchtigt wird, wurden bislang kaum Stellungnahmen abgegeben.

Nachfrage: Wenn ein Gebiet als Gewerbe- oder Wohnbaufläche ausgezeichnet wird, werden da die Polizei oder auch Stadtplaner mit einbezogen und gefragt, ob Sicherheitsaspekte eine Rolle spielen?

Nein. Auf unserer Ebene überhaupt nicht. Es wird eben entschieden, wo ein geeigneter Standort für Wohnbauflächen vorliegt, z.B. in der Nähe einer S-Bahn-Stelle und anschließend wird ein Dichtewert für die

Kommunen vorgeschrieben. In der Innenstadt Stuttgart beläuft sich dieser auf 90 Einwohner pro Hektar.

Das klingt erstmals viel, ist aber auf die Innenstadt von Stuttgart betrachtet, sehr wenig. Das ist mit wenigen Mehrfamilienhäusern, 3-stöckig mit je zwei Wohneinheiten pro Stock, einem Großteil von Doppelhäusern und Einfamilienhäusern umsetzbar. Es handelt sich also noch um ein Gebiet im Stil von überwiegend Reihenhäusern, relativ locker und durchgrünt.

Wir geben die Minstdichte der Kommune vor, wie sie das einhält, ist ihre eigenständige Angelegenheit. Dies folgt aus der kommunalen Planungshoheit der Gemeinde, welche sich aus Art. 28 GG ableiten lässt.

Die Kommunen stellen den Flächennutzungsplan auf und wir müssen diesen berücksichtigen, dürfen uns mit unserer Arbeit nicht darüber hinwegsetzen und umgekehrt gilt dies ebenso. Nach § 1 IV BauGB ist die Bauleitplanung an die Ziele der Regionalplanung anzupassen. Hier kommt zugleich das Gegenstromprinzip nach § 2 II Landesplanungsgesetz zum Ausdruck.

Frage 8:

Der Verband Region Stuttgart regelt die zentralen Inhalte des Regionalplans.

Dieser räumt allen Städten und Gemeinden eine ausreichende, bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung ein.

Erachten Sie es als sinnvoll, hierbei anhand von der Statistik über das Kriminalitätsaufkommen in Stuttgart die Siedlungsentwicklung zu planen?

Im Moment gibt es diese Verbindung nicht. Es wäre ein komplett neuer Planungs- und Denkansatz. Der Verband Region Stuttgart kümmert sich tatsächlich nur um eine räumliche Steuerung, hierbei losgelöst von sozialen Aspekten. Was jedoch im Regionalplan als allgemeiner Grundsatz verankert ist, ist die Vorgabe, dass der soziale Wohnungsbau gefördert werden soll.

Regionalplanung ist interdisziplinär und querschnittsorientiert. Fachplanungen werden in die Regionalplanung mit einbezogen, wenn z.B. erarbeitet werden soll, wo die *Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete, Waldflächen, Überschwemmungsgebiete* liegen und wo demnach die *Siedlungsentwicklung* geeignet sein könnte.

Hierbei haben wir vom Landesentwicklungsplan die Vorgabe, diese Zuordnung möglichst zu den Schienentrassen abzuwickeln, sodass viele Menschen arbeitsgebunden den ÖPNV benutzen können. Soziologische Belange spielen bei dieser räumlichen Steuerung keine Rolle.

Das einzige ist wie bereits erwähnt die Vorgabe von Dichtewerten. Je nachdem wie dicht oder qualitativ die Fläche ausgestaltet wird, hat dies jedoch auch Auswirkungen auf gute Lebensverhältnisse. Bei einem Dichtewert von 90 Einwohnern pro Hektar kann von sogenannten Ghetto-Siedlungen noch lange keine Rede sein. Viele Kommunen wehren sich gegen diesen Dichtewert, da dieser nicht zu ihrer städtebaulichen Struktur passe. Im Moment sind nämlich freistehende Einfamilienhäuser am meisten gefragt. Vielleicht wäre hier eine Verbindung mit einer ausgearbeiteten Kriminalstatistik von Vorteil?!

Frage 9:

Bestehen im Rahmen der Regionalplanung und Bauleitplanung aktuell Projekte, welche Planungsstrategien für die Kriminalprävention beinhalten oder sind solche zukünftig geplant?

Nein. Wir geben nur eine Mindestdichte vor. Städtebau ist die Aufgabe der Kommune, in die wir uns auch nicht einmischen wollen.

Es ist angedacht, sich ab Februar/ März 2016 mit dieser städtebaulichen Dichte und damit einhergehend der Qualität zu befassen.

Der Flächenverbrauch soll insgesamt reduziert und zeitgleich eine noch qualitätvollere Dichte möglich werden. Ziel hierbei ist es, viele Menschen an die Schiene zu bringen und zugleich mehr Freiräume zu schaffen.

Im Rahmen der Bauleitplanung könnte man eher mit Kriminalstatistiken als Hilfsinstrument arbeiten, aber mir ist noch kein Fall aus der Praxis

bekannt. Betroffen sind hierbei sicherlich Ballungszentren. Da sehe ich die Region um Stuttgart als weniger kritisch an. Stuttgart ist kein Ort, an dem in der Vergangenheit einfach eine hohe Dichte vorgegeben wurde, um viele Menschen unterzubringen und hingegen auf die soziale Infrastruktur verzichtet wurde.

Frage 10:

Kann nachhaltige Regionalplanung und Bauleitplanung Sicherheit fördern und befürworten Sie eine Zusammenarbeit mit polizeilichen Behörden?

Meiner Meinung nach umfasst Nachhaltigkeit auch soziale Aspekte. Hohe Lebensqualität besteht aus der Schaffung guter Stadtviertel kombiniert mit wohnortnahen Freiräumen, welche z.B. Sportangebote ermöglichen.

Die Vorgehensweise im Rahmen der Regionalplanung auch Sicherheitsaspekte mit einzubeziehen, wäre ein komplett neuer Ansatz, aber sicherlich interessant. In den Planungsgesetzen (ROG, Landesplanungsgesetz) ist dies nirgendwo verankert, würde also über die Pflichtaufgabe hinausgehen.

Als Projekt kann ich mir das sicherlich vorstellen, aber aktuell sind Diskussionen über die Wohnbauflächen, flächensparendes Planen sowie die Klimaeffizienz von höchster Priorität. Es wäre eine Überlegung wert, jedoch wegen der Verankerung der vorrangigen Aufgaben schwierig umsetzbar.

Anlage 10: Experteninterview beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Stuttgart

Interviewpartnerin: Frau Birgit Horlaender
ProPK-Referentin (Programm Polizeiliche
Kriminalprävention)
Landeskriminalamt Baden-Württemberg
Datum des Interviews: 03.12.2015, 09:00 Uhr

Einleitung

Dieses Interview ist Teil der Bachelorarbeit von Frau Claudia Radyk mit dem Thema „Empirische Kriminalgeographie – Städtebau und Kriminalität in einem wechselseitigen Zusammenspiel“ mit der Thesis: Kann Stadtplanung bei der präventiven Verbrechensbekämpfung helfen?

Es ist angedacht, dass die Bachelorarbeit Interviews mit einem Experten des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung, des Verbands Region Stuttgart und dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg enthält, um aus verschiedenen Blickwinkeln die Erfahrungen und Meinungen aus der Praxis darstellen zu können.

Das Landeskriminalamt in Stuttgart erfüllt als polizeiliche Landesoberbehörde unter anderem als eine Serviceaufgabe die Präventionsarbeit.

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) ist ein länderübergreifendes Vorbeugungsprogramm. Es verfolgt schon seit 1965 das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über die Erscheinungsformen der Kriminalität und die Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären.

Frau Birgit Horlaender hat sich als ProPK-Referentin dankenswerterweise für ein Experteninterview bereit erklärt.

Ziel des Interviews war die Darstellung bereits erprobter und aktueller Vorbeugungsstrategien, welche sich aus der städtebaulichen Präventionsarbeit als hilfreich und nachhaltig erwiesen haben.

Durchführung

Um die aktuellen Gegebenheiten im Detail erörtern zu können, wurden im Interview die folgenden Fragen gestellt:

Frage 1:

Wie lange sind Sie bereits als ProPK-Referentin im Landeskriminalamt in Stuttgart tätig? Wie stellt sich Ihr beruflicher Werdegang dar?

Nach dem Abitur habe ich Jura studiert. Nach Bestehen des ersten Staatsexamens habe ich ab 1986 bei der Polizei die Laufbahn des mittleren Vollzugsdienstes absolviert, somit bin ich bereits seit 30 Jahren bei der Polizei als Kriminalbeamtin tätig. Ich habe alle 2 Jahre das Dezernat gewechselt und somit viel Abwechslung erlebt. Dies schaffte eine gute Grundlage für die Präventionsarbeit, da ich so die Täterseite auf vielen verschiedenen Ebenen gut kennenlernen konnte.

Während des Studiums an der Hochschule in Villingen-Schwenningen habe ich erstmals das Thema der Kriminalprävention kennengelernt. Damals waren alle Unterlagen ausschließlich in englischer Sprache, da sie aus den USA stammten, und es war unsere Aufgabe, die Literatur Wort für Wort zu übersetzen.

Ausschlaggebend für das neu aufkommende Interesse an der Kriminalprävention war damals die immens steigende Jugendkriminalität und da kein Konzept vorhanden war, musste die Polizeiarbeit dahingehend neue Wege einschlagen. Interessant erscheint auch, dass die steigende Jugendkriminalität immer wieder vorkommt und seit spätestens Anfang der 90er Jahre die Einsicht kam, dass alleine durch Repression nichts erreicht werden kann.

Es tauchten somit zum ersten Mal das Thema der kommunalen Kriminalprävention und die These auf, dass das Wohnumfeld ausschlaggebend sein kann und Antworten darauf liefern könnte, wieso die Jugendkriminalität an bestimmten Orten entsteht. Die Polizei erkannte die kriminologischen Zusammenhänge und den Einfluss des Wohnumfelds auf die Entstehung von Kriminalität. Das Wohnumfeld lag

aber grundsätzlich in der Zuständigkeit der Kommunen. Seitens der Polizei bestand keine direkte Zuständigkeit.

1993 konnte ich als Studentin eine wissenschaftliche Evaluation unter den Bürgern in Ravensburg, Crailsheim sowie Heidelberg begleiten. Damals war ich zudem als Gemeinderätin tätig und so habe ich von meinem Standpunkt aus die Seite der Kommune sowie die der Polizei kennengelernt.

Im Jahr 2000 wechselte ich zum Sachgebiet Kriminalprävention in der Polizeidirektion in Esslingen. Nach weiteren vier Jahren wechselte ich sodann zum LKA Baden-Württemberg. Ich bin zugleich in den bundesweiten Gremien tätig. In diesen kann im Vergleich zur kommunalen Ebene viel mehr umgesetzt werden.

2004 fand der deutsche Präventionstag in Stuttgart statt. Anlässlich eines Organisationswechsels wurde ich ProPK-Referentin und zugleich Ansprechpartnerin für die städtebauliche Prävention.

Bei der ProPK-Umsetzung handelt es sich um eine bundesweite Kampagne. Für die Umsetzung auf Landesebene bin ich die zuständige Ansprechpartnerin. Aufgrund meiner Vorgeschichte als Gemeinderätin erhielt ich sehr viele Einblicke in die Bauleitplanung auf kommunaler Ebene, was mir bei der Arbeit natürlich sehr zugute kommt. Ich habe jahrelang mit entsprechenden Arbeitskreisen und der Architektenkammer zusammen gearbeitet. In manchen Bundesländern arbeiten in diesem Bereich auch beim LKA Architekten mit.

Frage 2:

Wie viele Mitarbeiter sind im Rahmen des Programms Polizeiliche Kriminalprävention im LKA tätig?

Welche sind hierbei die Hauptaufgaben?

Die ProPK-Arbeit besteht aus der Bundesprävention mit Sitz im LKA Stuttgart (Hierfür sind 14 Mitarbeiter tätig, überwiegend Germanistinnen und Journalistinnen, welche für die Texte zuständig sind.) sowie der Landesprävention. Im Rahmen der Landesprävention sind 29 Mitarbeiter

eingesetzt. Das mag viel klingen, aber hängt auch damit zusammen, dass seit der Polizeireform die Verkehrs- und technische Prävention (z.B. der Einbruchsschutz) hier angesiedelt sind.

Bei der technischen Prävention handelt es sich um die Gebäudesicherung (bezogen auf den Einbruchsschutz) und bei der Projektgruppe der städtebaulichen Prävention um den öffentlichen Raum.

Zu den Hauptaufgaben der ProPK gehören die Information der Bevölkerung über Kriminalitätsgefahren und Vorbeugungstipps (durch Erstellen von passendem Informationsmaterial), die Unterstützung der Dienststellen vor Ort durch Medien-Angebote und die Unterstützung bundesweiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit direkt und indirekt.

Die Hauptaufgaben der Landeskriminalprävention liegen bei der Bearbeitung von Grundsatzfragen, der Koordinierung und Mitwirkung von ständigen bzw. anlassbezogenen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung zielgruppenspezifischer Medien und Unterrichtsmaterialien, Planung von Dienstbesprechungen, Angebot von Seminaren, Tagungen und Fortbildungsmaßnahmen sowie die Erarbeitung von Konzepten und Kampagnen.

Frage 3:

ProPK verfolgt das Ziel, über die Erscheinungsformen der Kriminalität und die Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies erfolgt durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Konzipierung und Herausgabe von Medien, Maßnahmen und Konzepten, welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen.

Werden diese Konzepte mithilfe anderer Behörden, wie beispielsweise dem Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, entwickelt?

Ja, die Konzepte werden

a) von bundesweiten Projektgruppen,

b) gegebenenfalls unter Hinzuziehung von externen Experten,

- c) oft in Kooperation mit anderen Institutionen,
- d) in bundesweiter Abstimmung durch politische Vertreter aller Bundesländer entwickelt.

Nachfrage: Wer ist für diese Erarbeitung zuständig?

Die Erarbeitung erfolgt im Rahmen der Bund-Länder-Projektgruppen im Auftrag der polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes und der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention.

Mit eingebunden werden zudem je nach Thema auch externe Experten.

Das LKA hat in diesem Bereich schon immer mit vielen verschiedenen Beteiligten zusammengearbeitet.

In Baden-Württemberg sind aktuell keine neuen Projekte vorhanden. In anderen Bundesländern, so z.B. in Hessen, arbeiten Architekten in der städtebaulichen Präventionsarbeit beim LKA mit.

Frage 4:

Zur Erstellung dieser Konzepte bedarf es einer gewissen Menge an Informationen, wie beispielsweise aktueller Statistiken des Kriminalitätsaufkommens etc.

Woher werden diese bezogen und wie anschließend verarbeitet?

Für bundesweite Projekte werden die Statistiken des BKA herangezogen.

Für das LKA gibt es hier im Haus eine zuständige Auswertungsstelle, welche uns anzeigt, wo gerade aktuelle was passiert. Bevor ich etwas in Gang setze, muss ich mich vorerst nach den Zahlen erkundigen, um anhand dieser Informationen eine Maßnahme aufzubauen. Es hat ansonsten keinerlei Wirkung, wenn ich beispielsweise etwas gegen den Einsatz von KO-Tropfen unternehmen möchte, aber es keinen Hinweis dafür gibt, dass solche Fälle gerade stattfinden.

Die Auswertungsstelle führt Statistiken und veröffentlicht diese 1 Mal jährlich (April/Mai). Vorher dürfen die Zahlen nicht verwendet/ veröffentlicht werden. Natürlich handelt es sich hier nur um den Hellfeld-

Bereich. Um der Dunkelziffer entgegenzuwirken und den wirklichen Opferbereich zu erfassen, müssen Bevölkerungsbefragungen herangezogen werden. Die letzte zum Thema Einbruchsdiebstahl fand Ende 2013 in Niedersachsen statt.

Stuttgart führt eine solche jedes Jahr zum Thema „Sicherheitsgefühl“ auf lokaler Ebene durch und dort macht eine solche auch Sinn. Auf dieser Art und Weise hat die kommunale Präventionsarbeit auch 1993 begonnen. Wir haben Stadtgänge durchgeführt, in denen die Leute aufzeigen sollten, wo sie sich nachts nicht mehr aufhalten wollten. Für die städtebauliche Kriminalprävention war das sehr aufschlussreich. Man hat auf Basis dieser Erkenntnisse Arbeitskreise mit vielen unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften gebildet (Vereine, Kirche, Schule, Kommune und Polizei). Diese haben sich immer mit dem Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ befasst. In 95 % der Fälle wurde als erster Schritt ein Stadtspaziergang vollzogen, um zu erfahren, wo unsichere Orte in der Stadt vorliegen. Nur vor Ort können entsprechende Bereiche wahrgenommen werden.

Ein Beispiel: Eine Unterführung gibt mir als Bürger ein unsicheres Gefühl, also laufe ich nicht mehr hindurch. Das spricht sich herum und die Eltern verbieten ihren Kindern, dort entlang zu laufen. Folge ist, dass an der Unterführung überhaupt niemand mehr durchläuft. Es gibt jedoch immer jemanden, der davon nichts weiß und diesen Weg wählt und somit an einer geeigneten Stelle, die von den Bürgern gemieden wird, leicht zum Opfer werden kann.

Ein anderer ganz wichtiger Aspekt ist die Erkenntnis, dass ich der Vermüllung und damit einhergehend angelocktem Vandalismus entgegentreten muss, um den Raum möglichst schnell „zu heilen“ (Keine Broken-Windows-Situation entstehen lassen). Zustände wie vermüllte Bereiche sind Gegebenheiten, die am besten durch den Bürger vor Ort wahrgenommen werden.

Viertel, die herunterkommen, führen zum Wegzug der Bewohner, es kommt zu leerstehenden Gebäuden und solchen, die nicht mehr saniert

werden. Das zieht Kriminalität an. Es ist wissenschaftlich nachweisbar, dass dieser Prozess Kriminalität erzeugt!

Nachfrage: Sind für diese Prozesse eher soziale Aspekte oder der Raum ausschlaggebend?

Ein weiteres Beispiel aus der unmittelbaren Praxis: Anfang der 90er Jahre wurde in Ostfildern eine große Konversionsfläche frei, als das amerikanische Militär abgezogen wurde. Es handelte sich um die ehemaligen Kasernen. Nun konnte man stadtplanerisch die Stadtmitte plötzlich beleben. Aus wirtschaftlichen Gründen entschied man sich diese Flächen zu bebauen. Frage war jedoch, was man mit den sehr vielen alten Mannschaftsunterkünften machen sollte. Es handelte sich um Offiziersunterkünfte mit Parkettboden (relativ gut erhalten), aber eben im Stil einer Kaserne. Nun gab es eine Notfallkartei mit Wohnungssuchenden, bestehend aus einem Klientel von Hartz 4-Empfängern bis zu vielen kinderreichen Familien. Zunächst war angedacht, diese Wohnungssuchenden einfach alle in den Unterkünften unterzubringen und unmittelbar dahinter neu zu bauen. Aber es war absehbar, dass sich dann ein Ghetto mit Sozialfällen in den Offiziersunterkünften und dahinter eine Einfamilienhaus-Siedlung bilden würden. Das war so natürlich nicht umsetzbar, also entstand ein Plan, erst einmal eine entsprechende Infrastruktur zu errichten, noch bevor die neue Siedlung errichtet wurde (Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Kindergarten). Dann wurden Mietwohnungen mittels eines Quotensystems vergeben (gleicher Anteil an Ausländern, kinderreichen Familien, Hartz 4-Empfängern).

Das Durchschnittsalter war niedrig und es wurden entsprechende infrastrukturelle Angebote erschaffen, noch bevor die Leute überhaupt da waren. Dieser Stadtteil hat eine sehr hohe Durchmischung, aber keine höhere Jugendkriminalitätsrate als in den anderen Stadtteilen. Dieses Beispiel zeigt, dass die Bebauung zuerst da war! Die Bebauung wurde durch ein Gremium (bestehend aus Architekten, Stadtplanern,

Professoren aus der Schweiz) geprüft und ich war als Vertreterin des LKA mit beteiligt.

Ein Architekt wollte z.B. ein Hochhaus mit einem nach innen gezogenen Eingang errichten. Dem Professor aus der Schweiz sowie mir waren sofort klar, dass ein nicht einsichtiger Eingang keine soziale Kontrolle ermöglicht und demnach mögliche Täter schützt. In der Schweiz ist bezüglich der städtebaulichen Prävention viel in der LBO gesetzlich verankert, z.B. eine entsprechend vorgegebene Größe für die Abstellflächen in den Treppenhäusern für Kinderwagen oder eine einzuhaltende Breite der Flure.

Frage 5:

Kriminologischen Regionalanalysen liegt die Annahme zugrunde, dass die Beschaffenheit einer Stadt, eines Stadtteils oder einer Region entscheidende Auswirkungen auf das Sozialverhalten und damit auch auf die Kriminalität hat. Sie zielen darauf ab, Daten aus vielen - nicht nur polizeilichen - Quellen zusammenzutragen und zu analysieren, um daraus eine wohlbegründete regionale Kriminalstrategie zu gewinnen. Kriminologische Regionalanalysen liefern ferner eine Beschreibung der räumlichen Kriminalitätsverteilung und analysieren die Ursachen von Kriminalität in einem begrenzten kriminalgeografischen Raum.

Werden bei der Präventionsarbeit des LKA Stuttgart Kriminologische Regionalanalysen herangezogen?

Sehen Sie eine Notwendigkeit/ein Nutzen der Kriminologischen Regionalanalyse und der Lagebilder als Datenbasis polizeilicher Bekämpfungskonzepte?

Aktuell werden auf dem Themengebiet des Wohnungseinbruchsschutzes neue Ansätze entwickelt. Es besteht eine Pilotphase, in der wir die Straftaten auflisten, um einen Überblick zu erhalten, wo sich Einbruchsschwerpunkte befinden, um auf diese Weise darauf reagieren zu können.

Insgesamt werden die Kriminologischen Regionalanalysen bei unserer Arbeit eher weniger herangezogen, da sich die Verwendung auf lokaler Ebene nicht durchgesetzt hat. Kommunale Kriminalprävention findet auf lokaler Ebene statt. Es können vom LKA aus also keine Impulse in einzelne Quartiere gesetzt werden.

Von den Polizeipräsidien werden jährlich Lagebilder mit den PKS-Daten aufgestellt, um vor Ort auf Brennpunkte hinzuweisen. Die Kooperation und ein gemeinsamer Austausch sind leider etwas zurückgegangen.

Es handelt sich zudem sicherlich um eine Finanzierungsfrage. Programme, die man ständig aktualisieren muss, sind sehr kostenaufwendig. Projektdatenbanken zu besitzen ist nicht ausreichend, sie müssen auch ständig aktualisiert werden. Da muss ein entsprechender politischer Wille vorhanden sein, da EDV von Seiten der Polizei immer eingekauft werden muss. Ein praktischer Nutzen ist aber auf jeden Fall erkennbar.

Frage 6:

Im Rahmen des ProPK arbeiten alle Bundesländer in den Gremien und themenbezogenen Projekten des bundesweiten Vorbeugungsprogramms mit. In der Folge gilt es auch, diese Angebote auf die Bedürfnisse im Land anzupassen und dort umzusetzen.

Womit befasst sich das LKA Baden-Württemberg in diesem Zusammenhang überwiegend?

Welche Bedürfnisse hat Baden-Württemberg aktuell, denen das Angebot gerecht werden muss?

Allen Bundesländern gemeinsam ist die hohe Anzahl an Einbruchdiebstählen.

Dauerthemen sind zudem die Gewaltprävention und die Jugendkriminalität.

Aktuell sind dann zudem Cybercrime und Kriminalität Rechts Themen, die vordergründig einen Handlungsbedarf aufweisen.

Frage 7:

Der Bereich „Landesprävention/Jugendsachen“ des ProPK ist in drei Arbeitsbereiche aufgeteilt. Im Arbeitsbereich 2 sind die Allgemeine Prävention und der Opferschutz zu verorten. Hier ist insbesondere die „Zentrale Koordinierungsstelle Kommunale Kriminalprävention“ angesiedelt. Sie ist Ansprech-, Auskunfts-, Informations- und Auswertungsstelle für polizeiliche und außerpolizeiliche Stellen.

Welche außerpolizeilichen Stellen nehmen dieses Angebot erfahrungsgemäß in Anspruch?

Wer hat Zugriff auf die Präventionsdatenbanken?

Sämtliche Verbände, Institutionen, Professoren, Beratungsstellen, Hochschulen haben Zugriff auf diese Informationen. Die Presse kommt immer auf uns zu und nicht nur auf einzelne Polizeidirektionen, da wir für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind. Alles was Prävention ausarbeitet, ist öffentlich. Konkrete Beispiele von Nutzern unserer Angebote sind der Verbraucherschutz BW, das Kultusministerium, der Netzwerk Courage etc. Die Erstellung der Broschüre im Jahre 2003 (Städtebau und Kriminalprävention - Eine Broschüre für die planerische Praxis) galt als Aufhänger. Die Inhalte stimmen zwar noch heute, aber es ist seit 2003 viel mehr zu aktualisieren. Die Städteplaner in der Praxis empfanden diese Präventionstipps natürlich als etwas lästig, da sie nicht eingesehen haben, wieso sie sich damit aufhalten sollten. Wenn im Rahmen der Bauleitplanung Pläne erstellt werden und die Polizei als Träger öffentlicher Belange im Planungsverfahren etwas anmerkt, sind die Pläne in der Realität längst fertig und planerisch abgesichert. Da wurde vorab bereits alles durchgedacht. Das habe ich in meiner 15jährigen Erfahrung als Mitglied im Bauausschuss gelernt. Es wurde vorher alles angeschaut und so werden die Bebauungspläne extrem ungern verändert. Solch ein Vorgang wäre sehr zeitintensiv und zudem wird der Polizei nicht genügend Kompetenz zugesprochen. Erst wenn was passiert ist, soll die Polizei die Sachverhalte regeln. Präventionsarbeit kann eher lästig erscheinen

Frage 8:

Auf der Webseite der Einbruchschutzkampagne K-EINBRUCH erhalten die Bürger Tipps zur Einbruchsicherung ihres Zuhauses. Einen optimalen Schutz erhält der Bürger durch ein aufeinander abgestimmtes Zusammenwirken von mechanischer und elektronischer Sicherungstechnik, sicherheitsbewusstem Verhalten sowie einer aufmerksamen Nachbarschaft.

Glauben Sie, dass sich auch andere Vorbeugungsmaßnahmen innerhalb der städtebaulichen Kriminalprävention als ebenso sinnvoll erweisen? (Z. B. die Verhinderung der Entstehung von Angsträumen durch eine bessere Beleuchtung in dunklen Hausfluren, intensivere Beleuchtung von Unterführungen, Zurückstutzen von Hecken, Entgegenwirken von Verfallserscheinungen)

Die Möglichkeiten der städtebaulichen Prävention werden leider noch sehr unterschätzt, sind aber enorm einflussreich – Bauträger und Kommunen sollten das KnowHow der Polizei über die Entstehung von Kriminalität bei ihren Bauvorhaben abrufen und nutzen. Hier wäre die frühzeitige Beteiligung der Polizei an der Planung von großem Vorteil.

Am besten wäre die Kombination. Mit rein städtebaulicher Kriminalprävention ist es ganz schwierig an den Bürger und die Kommune als Planungsorgan heranzukommen. Jetzt durch das Thema der hohen Einbruchszahlen und der angebotenen Aufklärung zum Schutz dagegen haben wir versucht, zwei Elemente zu kombinieren. Das eine ist die Gebäudesicherung und das andere Thema der öffentliche Raum. Der Bürger kann überall Einbruchsschutz einbauen. Wenn er diesen aber nicht benutzt und z.B. nicht abschließt, bringt das nichts. Es müssen auch verhaltenspräventive Aspekte dazu kombiniert werden. Ein aufmerksamer Nachbar werden und gelebte Zivilcourage entwickeln können eine nachhaltige Prävention erst möglich machen.

Eingerichtete Wachdienste und hohe Mauern um jedes Gebäude sollten nicht unsere Zukunft sein. Eine Nachbarin, die am Fenster hockt, kann

lästig erscheinen und das Gefühl von Kontrolle vermitteln, aber gerade dieser Nachbarin entgeht nichts. Nichts ist präventiver als in einem 20 Parteien-Haus ein „Wir-Gefühl“ zu entwickeln, sodass der Wille entsteht, alles Mögliche zu versuchen, um sich gegenseitig zu schützen.

Es kann jedoch viel angeraten werden, besteht kein Druck, ziehen sich die Menschen lieber in ihre Wohnungen zurück.

Hierbei spielt ebenso wenig die Frage nach der Nationalität eine Rolle. Es ist nicht von Belang, ob eine heterogene Nachbarschaft vorliegt, sondern dass man sich untereinander kennt. Da nützt auch die beste Mechanik zum Schutz nichts, sondern nur die „gelebte Nachbarschaft“.

Frage 9:

Ist es Ihrer Meinung nach möglich, Kriminalprävention durch Stadtentwicklungsplanung zu unterstützen? (Z. B. durch architektonische und städtebauliche Elemente)

Unsere kriminologischen Erkenntnisse können die Stadtplanung unterstützen, wenn sie es zulässt und andersherum gilt dieser Ansatz ebenso. Dieser Prozess kann im Nachgang sehr viel Arbeit ersparen, wenn Kriminalitätsschwerpunkte durch entsprechenden Bau gar nicht erst entstehen. Für eine zielgerichtete, gemeinsame Lösung wäre ein ständiger Dialog sehr hilfreich. Die Stadtplanung darf nicht annehmen, man wolle ihr einen Hochsicherheitstrakt verkaufen.

Ein Beispiel: *Das Thema Beleuchtung ist seit langer Zeit ein sehr bedeutendes Thema. Manche Kommunen fragen an, ob sie nachts die Beleuchtung abschalten können, um so Kosten zu sparen. Selbst wenn dies gesetzlich erlaubt ist, wäre solch eine Vorgehensweise von unserer Seite aus nicht anzuraten. Es wird dann vermittelt, dass man z.B. mit Bewegungsmeldern als ein milderes Mittel arbeiten könnte.*

Auf Bundesebene findet die Stadtplanung gar nicht statt. Auf Landesebene gab es in den vergangenen Jahren gute Ansätze, aber momentan wurden diese leider nicht weiter ausgebaut.

Kriminalitätsfördernde- und hemmende Elemente im öffentlichen Bereich sollten bei der Stadtentwicklungsplanung definitiv berücksichtigt werden, insbesondere bei der Gestaltung öffentlicher Freiflächen, aber auch auf einbruchshemmende Aspekte bei der Bebauung sollte geachtet werden.

Anlage 11: Experteninterview beim Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung

Interviewpartner: Herr Ulrich Dilger
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung
Sachgebiet Stadtentwicklungsplanung (61-2.1)
Datum des Interviews: 28.01.2016, 13:30 Uhr

Einleitung

Dieses Interview ist Teil der Bachelorarbeit von Frau Claudia Radyk mit dem Thema „Empirische Kriminalgeographie – Städtebau und Kriminalität in einem wechselseitigen Zusammenspiel“ mit der Thesis: Kann Stadtplanung bei der präventiven Verbrechensbekämpfung helfen?

Es ist angedacht, dass die Bachelorarbeit Interviews mit einem Experten des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung, des Verbands Region Stuttgart und dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg enthält, um aus verschiedenen Blickwinkeln die Erfahrungen und Meinungen aus der Praxis darstellen zu können.

Das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung befasst sich in insgesamt acht Planungs- und Fachabteilungen mit allen Aspekten der Stadtplanung, der Sanierung und der Bodenordnung unter Beachtung der gesetzlichen und der Vorgaben des Gemeinderats. Hier werden in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen u.a. jährlich ca. 20 Bebauungsplanverfahren zum Abschluss gebracht und damit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ausreichenden Wohnraum, genügend Arbeitsstätten und für die Realisierung wichtiger Infrastruktur-, Investitions- und Büroprojekte geschaffen.

Ziel des Interviews war daher die Charakterisierung der aktuellen Situation in Bezug auf Planungsstrategien, welche sich für eine nachhaltige Kriminalprävention als hilfreich erweisen könnten.

Durchführung

Um die aktuellen Gegebenheiten im Detail erörtern zu können, wurden im Interview die folgenden Fragen gestellt:

Frage 1:

Wie lange sind Sie bereits im Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung in Stuttgart tätig? Wie stellt sich Ihr beruflicher Werdegang dar?

Ich bin mittlerweile seit 6 Jahren im Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung in Stuttgart tätig.

Ich habe Stadtplanung an einer Fachhochschule studiert und war im Rahmen meines Studiums bereits für ein Praktikum im Amt. Im Anschluss habe ich meinen Master in Stadtgeographie in Berlin absolviert. Hiernach war ich beim DiFU (Deutsches Institut für Urbanistik) tätig.

Seit 2000 bin ich nun hier im Amt im Sachgebiet Stadtentwicklungsplanung für die soziale Stadtentwicklung zuständig.

Frage 2:

Wie viele Mitarbeiter sind im Sachgebiet für Stadtentwicklungsplanung tätig?

Welche sind die Hauptaufgaben des Sachgebiets?

Das Sachgebiet besteht momentan aus 5 Mitarbeitern.

Die Stadtentwicklung ist thematisch aufgestellt. Grundsätzlich sind die meisten Kollegen bei der rechtsverbindlichen Planung (Aufstellung der Flächennutzungs- und Bebauungspläne) angesiedelt. Das Amt ist generell nach Planungsbereichen organisiert (z.B. Bereich Mitte, Bereich Neckar etc.). Hinzu kommt die thematische Abteilung Planung, welche sich um das Thema Stadterneuerung kümmert und die sozialen Stadtgebiete betreut.

Wir im Sachgebiet Stadtentwicklungsplanung kümmern uns räumlich um den Gesamtstadtbereich, wobei ich mich thematisch um alles Soziale, wie z.B. die soziale Infrastruktur oder den Bedürfnissen von vulnerablen Gesellschaftsteilen (Senioren oder Kinder) beschäftige. Aktuell zum

Beispiel kümmern wir uns um Suchläufe, um geeignete Standorte für die Flüchtlingsunterbringung zu identifizieren.

Daneben existiert noch ein Bereich für Gewerbe- und Wirtschaftsangelegenheiten. Dieser geht also der Frage nach, ob hierfür ausreichende Flächen ausgewiesen sind.

Einer der weiteren Hauptaufgaben ist die Abwicklung der Sanierungsprogramme, wie z.B. die Stadtentwicklungspauschale für den Umbau von Kreuzungsbereichen oder dem Grünflächenausbau.

Das Thema Wohnen wurde aufgrund der aktuellen Dringlichkeit aus dem Sachgebiet ausgegliedert und ist seither beim Amtsleiter angesiedelt. Seit 5 Jahren herrscht in Stuttgart ein angespannter Wohnungsmarkt, welcher durch den Trend der Reurbanisierung entstanden ist. Viele Menschen sind in die Kernstadt zurückgezogen, da hier die Nahversorgung und die kulturellen Angebote greifbarer sind. Zudem ziehen viele Studenten aus ganz Deutschland nach Stuttgart und wollen nach dem Studienabschluss aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation hier bleiben.

Eine ebenso wichtige Aufgabe ist die Umsetzung des Planungskonzepts „Innenentwicklung vor Außenentwicklung Stuttgart“. Es besteht darin, keine Bauflächen auf die grüne Wiese auszubreiten. Stuttgart braucht die Grünflächen als natürlichen Ausgleich, um z.B. Abgase aus dem Kessel herauszuführen. Das bedeutet, dass wir hauptsächlich Flächenpotentiale im Innengebiet zu entwickeln haben und zusätzlich der Flüchtlingskrise gerecht werden müssen.

Wir sind dafür da, die Stadt durch die Bauleitplanung für die langfristige Erfüllung der Bedürfnisse auszurichten. Dies geschieht durch Stadtentwicklungskonzepte, mit denen perspektivisch aufgezeigt wird, was momentan von Belang ist (Reurbanisierung, Klimawandel). Auf der Grundlage dieser Konzepte können anschließend Programme entstehen. So wurde im Wohnungsbereich ein Modell entwickelt, das sichern soll, dass sozial Schwache nicht verdrängt werden. Baut ein Investor, muss mindestens ein gewisser vorgegebener Anteil an sozial gefördertem Wohnungsbau in der Planung mit inbegriffen sein.

Wir erarbeiten somit Konzept, welche z.B. über Bebauungspläne umgesetzt werden.

Im sozialen Bereich geschieht dies beispielsweise über die so genannte Entbehrlichkeitsprüfung. Erst nach einer Bedarfsüberprüfung können GBD-Flächen baurechtlich umgewidmet werden.

Frage 3:

Werden die Maßnahmen des Bund-Länder-Programms der Städtebauförderung für Sanierungsgebiete („Soziale Stadt“) über das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung abgewickelt oder beteiligt sich das Amt an Projekten des Programms? Falls ja, für welche Gebiete sind die städtebaulichen Investitionen in das Wohnumfeld aktuell überwiegend vorgesehen?(Bsp.: Mühlhausen/ Freiberg, Mitte/ Mönchfeld)

Seit das Amt für Stadterneuerung an das Stadtplanungsamt angedockt wurde, läuft die Abwicklung über das Quartiersmanagement bei uns im Amt. Das Quartiersmanagement, welches die Bürger vor Ort betreut, wird extern beauftragt. Die Koordination des Programms erfolgt bei uns im Amt in der Abteilung Stadtsanierung. Im Rahmen der SVG-Fortschreibung (Vorranggebiete der Stadterneuerung) werden die Gebietskulissen der sozialen Stadt abgegrenzt. Es gibt darüber hinaus weitere Sanierungsgebiete.

Die SVG-Fortschreibung erfolgt folgendermaßen: Im Vorfeld werden anhand von ausgewählten Kennzahlen diese Bereiche ermittelt und sodann für die Förderprogramme angemeldet.

Nach diesen Ergebnissen wird eine gesamtstädtische Karte (durch die Abteilung Stadtsanierung) angefertigt, welche die am meisten zu berücksichtigenden Bereiche kennzeichnet.

Frage 4:

Beteiligt sich das Amt an anderen Projekten, welche der Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und

sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile dienen?

Ja, so wurden unter anderem das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell (SIM) und die Stadtentwicklungspauschale (Step) entwickelt. Bei der Step fällt der Fokus auf benachteiligte Gebiete, welche von der Kulisse des Programms „Soziale Stadt“ nicht abgedeckt werden. Vor allem also der Innenstadtbereich. Es geht darum, beispielsweise die Sicherheit zu erhöhen, z.B. durch Aufwertung des qualitativen Wohnumfeldes durch verbesserte Ausleuchtung oder die Umgestaltung von Stadträumen. Diese Maßnahmen sind jedoch nicht auf benachteiligte Gebiete bezogen. Es geht um bauliche Interventionen vor allem im verdichteten Kernbereich der Stadt, die eine gewisse Summe nicht überschreiten dürfen, also eher um kleine Summen. Die Bezirke äußern ihre spezifischen Wünsche und erhalten nach einer Prüfung einen anteilmäßigen Betrag aus dem hierfür eingerichteten Finanztopf, welcher im Gemeinderat eingerichtet ist. Wir übernehmen hierbei die Bedarfsabfragen an die Bezirke. Von den Bezirksbeiräten erhalten wir sodann die Informationen und setzen die Verteilung der Gelder um. Diese Maßnahme fokussiert sich auf den öffentlichen Raum.

Die Abteilung Stadtentwicklung erstellt vor allem informelle Pläne, welche rechtlich nicht verbindlich werden und über der eigentlichen Bauleitplanung angesiedelt sind. Hier spielt die Beteiligung der Bürgerschaft eine große Rolle. Gerade auch bei Themen wie Kriminalität oder Sicherheit ist das Empfinden der Bürger hier ein ausschlaggebendes Indiz, um dahingehend tätig zu werden. Natürlich werden auch weitere Themen vorgebracht. Auf dieser Grundlage werden dann z.B. Strukturkonzepte oder Quartierspläne erstellt, welche wiederum als Grundlage für den Bebauungsplan herangezogen werden können. So wird festgelegt, ob mehr Grünflächen eingeplant werden sollten, mehr Verkehrsflächen notwendig sind oder aufgrund der Beschattung eine gewisse Gebäudehöhe nicht übertroffen werden sollte. So ist es möglich durch diese informellen Beteiligungsverfahren mit der Bürgerbeteiligung

die priorisierten Themen herauszukristallisieren. Es ist wichtig zu erkennen, was der Bürger für einen Bedarf hat, bevor das Amt stadtplanerisch tätig wird. Wo fühlt der Bürger sich in dem Quartier unsicher? Wo ist ein möglicher Hotspot? Wie kann ich diese Situation städtebaulich entschärfen? Aber ein stadtweites Präventionskonzept besteht dahingehend nicht. Die Bürger vor Ort sind da die notwendigen „Warnmelder“ und bislang funktionierte dieses Verfahren am besten.

Frage 5:

Das Amt initiiert, koordiniert und berät bei der Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Es agiert hierbei als Bindeglied zwischen beteiligten Ämtern, Architekten, Investoren, Förderstellen und den Bürgern in den jeweiligen Gebieten.

Werden hierbei auch Polizeibehörden beteiligt?

Es gibt hier in Stuttgart die Arbeitsgruppe „Sozialverträgliche Planung“, in der ebenso ein abgeordneter Polizist tätig ist. Sind Polizei betreffende Themen betroffen, wird die Polizei auch in der Regel mit eingebunden.

Bei diesen Beteiligungsverfahren werden Themen wie Sicherheit oftmals von den Bürgern angeregt und besteht der Wunsch, dass die Polizei mit einbezogen wird, ist eine Stellungnahme seitens der Polizei von Vorteil. Bislang gestaltete sich dieser Ablauf aufgrund der abgeordneten Ansprechpartner von der Polizei in die Abteilung Sicherheitspartnerschaft bei der Stadt Stuttgart als sehr unkompliziert.

Die Abteilung Stadtentwicklung steht in engem Kontakt mit einer eingerichteten Stabsstelle bei der Stadtverwaltung Stuttgart (Abteilung Recht, Sicherheit und Ordnung) im Rahmen einer ämterübergreifende Sicherheitspartnerschaft in der kommunalen Kriminalprävention. Diese besteht aus dem Referat Prävention des Polizeipräsidiums Stuttgart, dem Förderverein Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V. und der Abteilung Sicherheitspartnerschaft in der Kommunalen Kriminalprävention bei der

Stadtverwaltung Stuttgart. Und anderem werden hier die Präventionsberichte angefertigt.

Wie Sie den aktuellen Projekten des Präventionsberichts 2014 entnehmen können, nimmt die städtebauliche Prävention aktuell im Vergleich zu anderen Themen wie die Prävention für Jugendliche oder Präventionsprojekte für Kinder (jeweils 5/ 6 Projekte), aber eine eher untergeordnete Rolle ein (lediglich 1 Projekt).

Frage 6:

Kriminologischen Regionalanalysen liegt die Annahme zugrunde, dass die Beschaffenheit einer Stadt, eines Stadtteils oder einer Region entscheidende Auswirkungen auf das Sozialverhalten und damit auch auf die Kriminalität hat. Sie zielen darauf ab, Daten aus vielen - nicht nur polizeilichen - Quellen zusammenzutragen und zu analysieren, um daraus eine wohlbegründete regionale Kriminalstrategie zu gewinnen. Kriminologische Regionalanalysen liefern ferner eine Beschreibung der räumlichen Kriminalitätsverteilung und analysieren die Ursachen von Kriminalität in einem begrenzten kriminalgeografischen Raum.

Werden bei der Stadtentwicklungsplanung Kriminologische Regionalanalysen herangezogen?

Sehen Sie in diesen eine Notwendigkeit/ein Nutzen?

Der Begriff der Kriminologischen Regionalanalyse war mir noch nicht bekannt. Aber wir haben bereits mit einer eigenen kommunalen Statistik, in welcher die Anzahl der Straftaten nach den Stadtbezirken gegliedert aufgeführt sind, gearbeitet.

Im Jahr 2014 hat eine Praktikantin von der Präventionsstelle einen Auswertungs-bericht der städtebaulichen Kriminalprävention mittels eines Auszugs aus der Statistik KommunIS (Sozialmonitoring) angefertigt. Diese Daten erhielt sie von unserer Statistikstelle.

Hierdurch konnten wir gute neue Erkenntnisse gewinnen. Es war mir vorher nicht bewusst, dass Verbrechensaufkommen nicht viel von lokalen

Punkten abhängt, sondern die Einbruchstatistik zeigt, dass z.B. Wohngebiete an der Nähe von Autobahnen viel eher ins Visier fallen. Hingegen ist die Anzahl der Taschendiebstähle natürlich dort höher, wo die Menschendichte entsprechend hoch ist, also im Innenstadtbereich. Aber der Nutzen dieser Erkenntnisse ist für die Stadtentwicklung nicht durchschlagend, denn hierbei handelt es sich wohl um übergeordnete Strukturen oder Rahmenbedingungen, die wir raumplanerisch kaum steuern können. Wenn ein Wohngebiet an einer Autobahn liegt, wäre eine kriminalpräventive Maßnahme der Polizei sinnvoller. Die Polizei könnte beispielsweise Flyer zu Thematiken wie „Wache Nachbarschaft“. Mit baulichen Maßnahmen lässt sich dieser Zustand kaum eindämmen.

Nachfrage: Denken Sie, dass eine vorbeugende Planung durch Verhinderung der Errichtung von Hochhäusern oder der Schaffung vieler offener, gut einsehbarer Wege in den Wohngebieten keine sinnvollen Instrumente darstellen könnten?

Die Stadtplanung arbeitet generell nicht monothematisch, sondern wägt viele, sehr unterschiedliche Bedürfnisse gegeneinander ab und versucht, diese aufeinander abzustimmen. Die unterschiedlichen Interessen der Stadtbevölkerung, von Investoren, dem Naturschutz und sonstigen Akteuren müssen gegeneinander in Einklang gebracht werden.

Zur Frage mit den Hochhäusern:

Hochhäuser sind per se gar kein Problem. Sie generieren keine Kriminalität wenn Sie richtig geplant werden, z.B. kann man die Erdgeschosszonen so gestalten, dass keine unbeleuchteten Rückzugsräume im Eingangsbereich entstehen und sich keine Broken-Windows-Zonen entwickeln können. Man hat aus den Fehlern der Bauweisen der 60er Jahre gelernt (Stichwort: doppelte Innenentwicklung) und die Probleme wahrgenommen und bei neueren Vorhaben werden diese automatisch berücksichtigt. Die Ausleuchtung in den Stadtvierteln ist heutzutage ein Standard, den man pflegt, vergleichbar mit der Umsetzung der Barrierefreiheit.

Dann besteht natürlich die Möglichkeit, bestehende Quartiere nachzuqualifizieren. In den 70er Jahren wurde sehr großräumig geplant. Viele Abstandsflächen und breite Wege prägen das Bild. Nun kann geprüft werden, inwiefern nachverdichtet werden kann, um die Leute gerecht unterzubringen und das natürlich ohne notwendige Grünbereiche auszulassen.

Nachfrage: Halten Sie die Aufstellung von Kameras als eine nützliche präventive Maßnahme?

Das ist nicht Aufgabe der Stadtplanung. Ich kann auch keine Aussage darüber treffen, wie effektiv dieser Ansatz ist.

Frage 7:

Ist es Ihrer Meinung nach möglich, Kriminalprävention durch Stadtentwicklungsplanung zu unterstützen? (Z.B. durch architektonische und städtebauliche Elemente)

Auf jeden Fall und besonders dadurch, dass verstärkt mehr Bürgerbeteiligungen in der Stadtplanung stattfinden. Wir müssen die Stadtteile aus dem Blickwinkel der Bürger betrachten und so die Probleme generieren. Dabei kommen dann automatisch die dringenden Themen in den Vordergrund. Der Bürger ist bei diesem Prozess der wichtigste Indikator für Problembereiche.

Im Rahmen eines Projektes habe ich beispielsweise im Jahr 2012 mit Kindern und Jugendlichen eine Begehung durch Bad Cannstatt durchgeführt. Ich wollte erfahren, in welchen Bereichen Angsträume entstanden sind. So konnte ich die aktuelle Lage wahrnehmen. Auch wenn man hier mit stadtplanerischen Werkzeugen an Grenzen stößt, konnten wir doch einiges positiv bewegen. Ich konnte die erlangten Informationen, dass z.B. eine bestimmte Unterführung eine Angstzone darstellte, an die Kollegen vom Tiefbauamt weitergeben, welche dann die Beleuchtungssysteme neu entwickelten. Auch war es anhand der generierten Erkenntnisse möglich, beim Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

Stuttgart anzuregen, dass bei der betreffenden Unterführung öfter gereinigt werden sollte. Ein weiteres Problem in einem Teilbereich waren Trinkgelage von Jugendlichen, welche randalierten und teilweise mit Flaschen um sich warfen. Ich konnte die Polizei darauf aufmerksam machen, sodass diese fortan öfter kontrollierte sollte, um die Situation zu entschärfen. An diesem Projekt wird sichtbar, dass die Stadtplanung ohne ergänzende Maßnahmen aus anderen Bereichen eine effektive Kriminalprävention nicht leisten kann.

Das zur Aufwertung des Bestands. Nun zum Bereich Neubau:

Hier besteht der Anspruch, dass durch städtebauliche Maßnahmen der Mehrwert des Raumes durch ein gesteigertes Sicherheitsempfinden, wie durch gut ausgeleuchtete Räume, steigt. Nur so kann im Ergebnis das Wohlfühlen der Bürger erreicht werden.

Vieles wird bereits bei Neubauvorhaben wie ein Standard vollgezogen.

Bezüglich eines eigenständigen Fachkonzepts „räumliche Kriminalprävention“:

Auf dem Gebiet der städtebaulichen Kriminalprävention ist der öffentliche bzw. fachliche Druck zur Errichtung eines Handlungskonzepts nicht so groß. Da sind Themen wie Klimaanpassung oder Wohnen gerade vorrangiger.

Der Druck ist nicht vorhanden, weil nach Bürgerbefragungen das Sicherheitsempfinden in Stuttgart doch sehr hoch ist. In Paris bestehen Banlieues, in die sich die Polizei sogar nicht mehr hereintraut. Stuttgart geht es hingegen insgesamt wirtschaftlich sehr gut, sodass kaum Problemzonen entstehen.

In Wien setzt sich die Stadtentwicklung sehr viel mehr mit physischen und sozialen Verunsicherungsproblemen auseinander. Aber hierfür muss es einen bestimmten Anlass als Auslöser gegeben haben. In NRW wurden Leitfäden für die Bauleitplanung mit Empfehlungen ausgearbeitet, aber dort sind die Gebiete sehr urbanisiert und es bestehen insgesamt sehr viele Kommunen. Da ist das zuständige Ministerium natürlich auch an solch einer Thematik sehr interessiert.

Jede Stadt setzt ihre eigenen Schwerpunktthemen. Stuttgart ist beispielsweise bei dem Thema Stadtklimatologie oder Innenentwicklung sehr gut aufgestellt und so fließen viele Potentiale überwiegend in diesen Bereich.